

EXTRABLATT

der Schweizerischen Volkspartei • www.svp.ch • Ausgabe September 2015



Zuwanderung begrenzen 3

Interview mit Roger Köppel zu Wohlstand, Wachstum und Begrenzung der Zuwanderung in die Schweiz.



EU-Anschluss verhindern 5

Der Bundesrat ist bereit, automatisch EU-Recht und fremde Richter zu übernehmen. Ein gefährlicher Weg.



Asyl-Chaos stoppen 9

Die Sogwirkung der laschen Politik auf illegale und Wirtschaftsmigranten ist riesig. Jetzt muss gehandelt werden.



National- und Ständeratswahlen
Wie wähle ich richtig? Seite 20

Frei bleiben – SVP wählen

Die SVP will unser schönes und einmaliges Land erhalten: persönliche Freiheit, Wohlstand, Sicherheit und einen intakten Lebensraum. Diese Errungenschaften sind heute in Gefahr: durch eine masslose Zuwanderung, Gewalt und Kriminalität im Alltag, das wachsende Risiko terroristischer Anschläge, aber auch durch den Drang von Politikern, die Schweiz in die EU zu führen. Wer will, dass die Schweiz Schweiz bleibt, geht bei den eidgenössischen Wahlen an die Urne – und wählt SVP.

Eine Zuwanderung von über 80'000 Personen – was der Bevölkerung der Stadt Luzern entspricht – pro Jahr ist für unser Land nicht zu verkraften. Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger haben entschieden, dass dies nicht so weiter gehen darf, weil die Schweiz ansonsten bereits in wenigen Jahren 10 Millionen Einwohner zählt, zubetoniert und überfüllt ist. Wer will, dass dieser Volksentscheid zur Begrenzung und Steuerung der Zuwanderung endlich umgesetzt wird, muss Politikerinnen und Politiker ins Parlament entsenden, welche dieses Ziel ebenfalls verfolgen. Auch die Ausschaffung krimineller Ausländer ist fast 5 Jahre nach Annahme der Ausschaffungsinitiative nicht umgesetzt. Der Grund: Ausser den SVP-Vertretern im eidgenössischen Parlament sträuben sich alle Politiker, Kriminelle auszuweisen. Dank der SVP-Durchsetzungsinitiative kann es nun das Volk

im kommenden Jahr nochmals richten und den Politikern den Weg weisen. Schneller ginge es, wenn im Bundeshaus die richtigen Volksvertreterinnen und Volksvertreter sitzen würden. Deshalb sind Wahlen wichtig. Ungeachtet des Chaos in der EU mit Griechenland, schwacher Währung, offenen Grenzen für Migranten aus der ganzen Welt und zentralistischer Arroganz, wollen Bundesrat und Parlament die Schweiz schleichend der EU anschliessen. Über ein sogenanntes institutionelles Rahmenabkommen soll unser Land zwingend das EU-Recht übernehmen, und die Schweiz soll sich dem Gerichtshof der Europäischen Union unterstellen. Wer das verhindern will, hat nur eine Wahl: bei den National- und Ständeratswahlen am 18. Oktober 2015 an die Urne gehen und SVP wählen.

Kommentar

Sie haben die Wahl

Am 18. Oktober können die Schweizerinnen und Schweizer das eidgenössische Parlament neu wählen. Haben Sie an den letzten Wahlen teilgenommen? Gehen Sie vielleicht nur bei Sachabstimmungen an die Urne? Oder haben Sie genug, da die in Bern sowieso machen, was sie wollen? Überlegen Sie es sich gut. Jede zusätzliche Stimme entscheidet im Parlament über Erfolg und Nichterfolg Ihrer Anliegen in ausländer- und europapolitischen Fragen.

Bereiten Ihnen die grenzenlose Einwanderung, die jährlich 30'000 Asylsuchenden, welche in der Schweiz ein besseres Leben suchen, die damit zusammenhängenden Missbräuche im Sozialwesen oder die ausufernde Kriminalität Sorge? Auch dann sollten Sie am 18. Oktober wählen gehen. Die SVP ist die einzige Partei, die die Zuwanderung begrenzen und mit den Missbräuchen im Asylwesen aufräumen will. Wählen Sie eine andere Partei, wird die Politik der masslosen Zuwanderung und des Schönredens weitergehen.

In den letzten vier Jahren waren die Mehrheiten im Parlament und in der Regierung mitte-links. Nicht genehme Volksentscheide werden nicht beachtet. So bei der Begrenzung der Zuwanderung, der Ausschaffung krimineller Ausländer, der Verwahrung gefährlicher Straftäter, oder dass Pädophile nicht mehr mit Kindern arbeiten dürfen. Mitte-Links hat auch beschlossen, dass sich die Schweiz noch stärker in die EU einbinden lassen soll und wir auf unser selbstbestimmtes Recht verzichten sollen. Wenn Sie diese Mehrheitsverhältnisse im Parlament korrigieren wollen, gehen Sie an die Urne. Wenn Sie wollen, dass die Schweiz ein eigenständiges und freies Land bleibt, haben Sie am 18. Oktober nur eine Wahl: SVP.



Toni Brunner

Nationalrat Toni Brunner, Präsident SVP Schweiz



Frei bleiben!



SVP wählen.

Liste 4

www.svplu.ch



Es braucht neue Mehrheiten im Parlament

Die Mehrheiten im eidgenössischen Parlament lagen in den letzten vier Jahren oft mitte-links. SVP und FDP halten im Nationalrat derzeit 87 Sitze. Zählt man je nach Thema noch einzelne Vertreter der Mitte-Parteien zum bürgerlichen Lager, reicht es noch immer nicht für die notwendigen 101 Stimmen, um eine sichere Mehrheit zu bilden.



Adrian Amstutz, Fraktionspräsident, Sigriswil (BE)

Im Ständerat sieht es noch problematischer aus, weil die SVP über zu wenige Sitze verfügt. Das heisst konkret, dass unter der Führung der linken Parteien massgebliche Weichen in Richtung mehr Staat, zusätzliche Ausgaben, weniger Freiheit, weni-

ger Sicherheit und einer grenzenlosen Zuwanderung gestellt wurden. Das ist auch der Grund, weshalb die SVP in den letzten Jahren gezwungen war, in wichtigen Fragen zu Volksinitiativen zu greifen, z.B. im Bereich der Masseneinwanderung, der Ausschaffung krimineller Ausländer oder der rechtlichen Selbstbestimmung der Schweiz.

Um auf breiter Front etwas zu bewegen, ist es jedoch entscheidend, dass die Mehrheiten im Parlament wieder in Richtung Mitte-Rechts kippen. Dazu bräuchte es nur wenige Sitze, die vom linken ins rechte Lager wechseln. Deshalb sind die eidgenössischen Wahlen vom 18. Oktober von zentraler Bedeutung.



Sitzverteilung im Nationalrat

02.06.2015: Aufblähung der staatlichen Kulturförderung



Der Bundesrat wollte die Kulturförderung für die kommenden vier Jahre auf über 1,1 Milliarden Franken anheben. Die SVP sprach sich für Masshalten und die Beibehaltung auf dem bisherigen Stand aus, was von einer satten Mitte-Links-Mehrheit abgelehnt wurde.

14.12.2012: Ausbau der Bürokratie über flankierende Massnahmen



Statt die Zuwanderung zu begrenzen, hat Mitte-Links massive Eingriffe in den flexiblen Arbeitsmarkt beschlossen, welche zu mehr Bürokratie, Kontrollen und staatlichen Eingriffen führen.

06.05.2015: Ausgabenexplosion beim Bund



SVP und FDP wollten die ausufernden Bundesausgaben (Verdoppelung seit 1990) auf dem Stand von 2014 plafonieren (64 Milliarden Franken). Die Parlamentsmehrheit will den Staat weiter ausbauen. Ein vermittelnder Antrag wurde im Nationalrat mit nur acht Stimmen Unterschied abgelehnt.

05.06.2012: Massive Aufstockung der Entwicklungshilfe



Eine masslose Aufstockung der Entwicklungs- und Auslandshilfe auf jährlich rund 3 Milliarden Franken wurde von beiden Räten gegen den Widerstand der SVP einfach durchgewunken.

Wir dürfen unsere Identität nicht aufgeben

Die massive Zuwanderung führt früher oder später zu grossen Spannungen, denn fremde Kulturen können nicht unbegrenzt integriert werden. Die Zuwanderung hat Auswirkungen auf die Stimmung am Arbeitsplatz, auf die Schulen, aber auch auf unsere gelebte Kultur.



Die Zuwanderung von netto 80'000 Personen pro Jahr führt früher oder später zu grossen Spannungen. Fremde Kulturen können nicht unbegrenzt integriert werden.

Es ist eine historische Leistung, dass die Schweiz als Land von vier Sprachen und unterschiedlichen Kulturen eine starke nationale Identität und einen inneren Zusammenhalt entwickelt hat. Eine eigentliche Gefahr für den Zusammenhalt des Landes geht jedoch von einer masslosen Zuwanderung aus. Rund 750'000 Personen sind in den letzten zehn Jahren netto in die Schweiz eingewandert. Geht die Entwicklung so weiter, wird die Bevölkerung der Schweiz in 20 Jahren zur Hälfte aus Ausländern und Eingebürgerten bestehen.

Auswirkungen auf alle Lebensbereiche

Bereits heute spüren wir beispielsweise die Auswirkungen der Ausbreitung

des islamischen Glaubens in unserem Land. Gesichtverschleierung, die Forderung nach muslimischen Friedhöfen oder nach einer Anerkennung als Landeskirche führen schon jetzt zu Diskussionen und Spannungen. Schulklassen, in denen es ausschliesslich ausländische Kinder gibt, oder Ortschaften, die bereits heute einen Ausländeranteil von mehr als 50% haben, sind eine Realität. Ein Kulturwandel findet auch am Arbeitsplatz statt, z.B. über ausländische Chefs, welche Kaderstellen wiederum mit ihren Landsleuten besetzen.

Wir passen uns an

Die vielleicht grösste Veränderung findet aber in unseren Köpfen statt. Wir passen uns an, nehmen Rück-

sicht, stellen Gewohnheiten um, verzichten auf kulturelle Eigenheiten, um andere nicht vor den Kopf zu stossen. Auch hier sollten wir Gegensteuer geben. Damit die Schweiz Schweiz bleibt.



Walter Wobmann, Nationalrat und Ständeratskandidat, Gretzenbach (SO)

Soziale Sicherheit in Gefahr

46% der Arbeitslosen und der Sozialhilfebezügler sind heute Ausländer. Dieser Wert ist doppelt so hoch wie der Ausländeranteil an der Gesamtbevölkerung. Durch die Masseneinwanderung tickt in unseren Sozialwerken eine Zeitbombe.



Jürg Stahl, Nationalrat und Mitglied Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit, Brütten (ZH)

Nach und nach muss auch der Bundesrat zugeben, dass die Folgen einer masslosen Einwanderung für unsere Sozialwerke kaum abzusehen sind. Während beispielsweise die AHV

heute durch die massive Zuwanderung noch zusätzliche Beitragszahler erhält, ist auch für den Bundesrat klar, dass «dieser Zufluss jedoch zu zukünftigen Rentenansprüchen» führt. Oder anders ausgedrückt: Die AHV kann nicht langfristig durch ein Schneeballprinzip finanziert werden.

Belastete Arbeitslosenversicherung

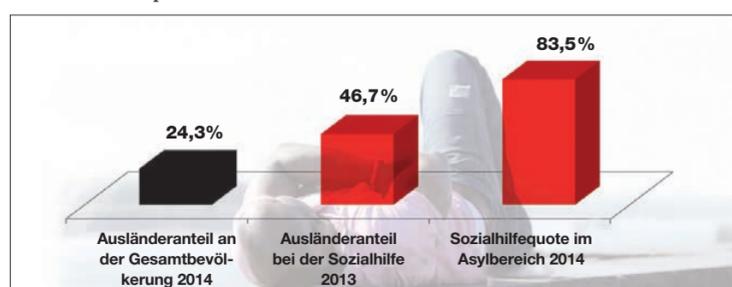
Bei der Arbeitslosenversicherung sind bereits heute die belastenden Effekte der Zuwanderung zu spüren. Während die Schweizerinnen und Schweizer insgesamt deutlich mehr einzahlen als sie beziehen, finanziere-

ren EU-Bürger anteilmässig nur noch 80% der von ihnen bezogenen Leistungen selbst. Personen aus Nicht-EU-Ländern beziehen prozentual gar dreimal mehr Leistungen, als von ihnen einbezahlt werden. Eine Verschlechterung der Wirtschaftslage könnte diesen Zustand rasch verschärfen.

Pulverfass Sozialhilfe

Hoch problematisch ist schliesslich die Situation im Bereich der Sozialhilfe, deren Kosten sich zwischen 2003 und 2012 auf 2,4 Milliarden Franken verdoppelt haben. Hier schlägt insbesondere die hohe Sozialhilfequote im Asylbereich zu Buche. Über 83% der Personen im Asylbereich beziehen Sozialhilfe.

In einzelnen Bevölkerungsgruppen, wie den Eritreern, steigt dieser Wert auf über 90%. Diese Personen werden kaum je eine Arbeit finden und langfristig die Finanzen der Gemeinden massiv belasten, was zu Steuererhöhungen und sozialen Spannungen führen wird.



Ausländer in der Schweiz beziehen doppelt so oft Sozialhilfe, 8 von 10 Personen im Asylbereich beziehen ebenfalls Sozialhilfe.

Impressum

EXTRABLATT ist eine Publikation der Schweizerischen Volkspartei SVP | Auflage: 2'943'992
Herausgeber und Redaktion: SVP Schweiz, Generalsekretariat, Postfach 8252, 3001 Bern | Tel.: 031 300 58 58
Fax: 031 300 58 59 | info@svp.ch | www.svp.ch | Gestaltung und Grafiken: GOAL AG für Werbung und Public Relations, 8450 Andelfingen | Bildquellen: iStockphoto, admin.ch, AZ, parlament.ch, Swisspanorama.ch, Anita Troller (InterConnections Zürich), SVP Schweiz | Karikaturen: Martin Guhl | Druckerei: DZZ Druckzentrum Zürich AG. Achtung: Bei dieser Zeitung handelt es sich weder um Werbung noch um Reklame, sondern um eine politische Information. Darum darf sie auch in jene Briefkästen verteilt werden, auf denen sich ein Stopp-Kleber befindet. Wir danken für Ihr Verständnis.

Die Schweiz nicht zubetonieren

Jede Sekunde gehen in der Schweiz 1,1 Quadratmeter Kulturland verloren. Umgerechnet auf ein Jahr entspricht das einer Fläche von sage und schreibe 4500 Fussballfeldern. Ein Haupttreiber für die Ausdehnung der überbauten Fläche ist die Zuwanderung. Nur wenn wir auch hier Mass halten, können wir unseren Lebensraum erhalten.



Hannes Germann, Ständerat, Opfertshofen (SH)

Die aktuelle Masseneinwanderung von 80'000 Personen netto pro Jahr führt zu einem Bedarf von jährlich rund 35'000 Wohnungen, ebenso müssen die Infrastrukturen (Stras-

sen, Schienen, Schulhäuser, Energieversorgung, Wasser, Abwasser usw.) an diese Entwicklung angepasst werden.

Drei Viertel unserer Fläche sind unproduktiv. Die explodierende Zunahme der Einwanderung geht somit insbesondere auf Kosten unserer landwirtschaftlichen Nutzfläche. Vielerorts gleicht das Mittelland mehr und mehr einem durchgehenden Siedlungsraum. Der natürliche Lebensraum ist eine wichtige Grundlage für die Lebensqualität, aber auch für die Versorgung unseres Landes mit Lebensmitteln. Wir sollten auch unseren Kindern und Enkeln noch etwas von der Schönheit und Einzigartigkeit unseres Landes übrig lassen.

Kriminelle Ausländer endlich ausschaffen

Vor fast fünf Jahren – im November 2010 – sagten Volk und Stände Ja zur Ausschaffungsinitiative. Ausländer, welche wegen einer schweren Straftat verurteilt worden sind, sollen die Schweiz verlassen müssen. Trotz des klaren Entscheids wollen Bundesrat und Parlament die Initiative bis heute nicht umsetzen. Jetzt muss das Volk noch einmal an die Urne.

Seit Annahme der Ausschaffungsinitiative hält die Verfassung fest, dass ausländische Straftäter, welche wegen eines schweren Gewalt- oder Sexualdelikts, Drogenhandels, Einbruchs oder Sozialhilfe-Missbrauchs verurteilt wurden, nach Verbüßung ihrer Strafe die Schweiz verlassen müssen und eine Einreiseperrre erhalten. Das Mitte-Links-Parlament hat nun aber ein völlig wirkungsloses Ausführungsgesetz erlassen.

Sicherheit wird vernachlässigt

Statt einer konsequenten Umsetzung der Ausschaffungsinitiative wollen Bundesrat und Mitte-Links-Parteien eine sog. «Härtefallklausel». So finden die Richter immer eine Begründung, weshalb der Straftäter nicht gehen muss:

Rund die Hälfte aller Straftäter sind Ausländer!

Tötungsdelikte (StGB Art. 111–114):	57,7% Ausländer
Schwere Körperverletzung (StGB Art. 122):	50,0% Ausländer
Einbruchdiebstahl (StGB Art. 139):	73,1% Ausländer
Vergewaltigung (StGB Art. 190):	61,4% Ausländer
Menschenhandel (StGB Art. 182):	95,7% Ausländer
Freiheitsberaubung/Entführung (Art. 183):	52,6% Ausländer

Quelle: BFS, polizeilich registrierte Beschuldigte 2014

Drogendealer X habe ein Kind in der Schweiz (auch wenn er sich noch nie um dieses gekümmert hat), Mörder Y sei schon ein paar Jahre in der Schweiz und deshalb integriert, er habe im Gefängnis grosse Fortschritte in der deutschen Sprache gemacht usw.

Derzeit werden nur etwa 500 kriminelle Ausländer pro Jahr in ihre Heimat zurückgeschickt. Eine beängstigend kleine Zahl, wenn man sich die Statistik der Expertengruppe des Bundes vor Augen führt: Nach dem Deliktskatalog der Initiative müssten jedes Jahr rund 16'000 ausländische Straftäter unser Land verlassen. Rund die Hälfte – also ca. 8'000 Täter – sind illegal in der Schweiz. Diese Zahlen verdeutlichen das enorme Risiko, welches die bisherige Ausweisungspraxis für die öffentliche Sicherheit in unserem Land bedeutet.

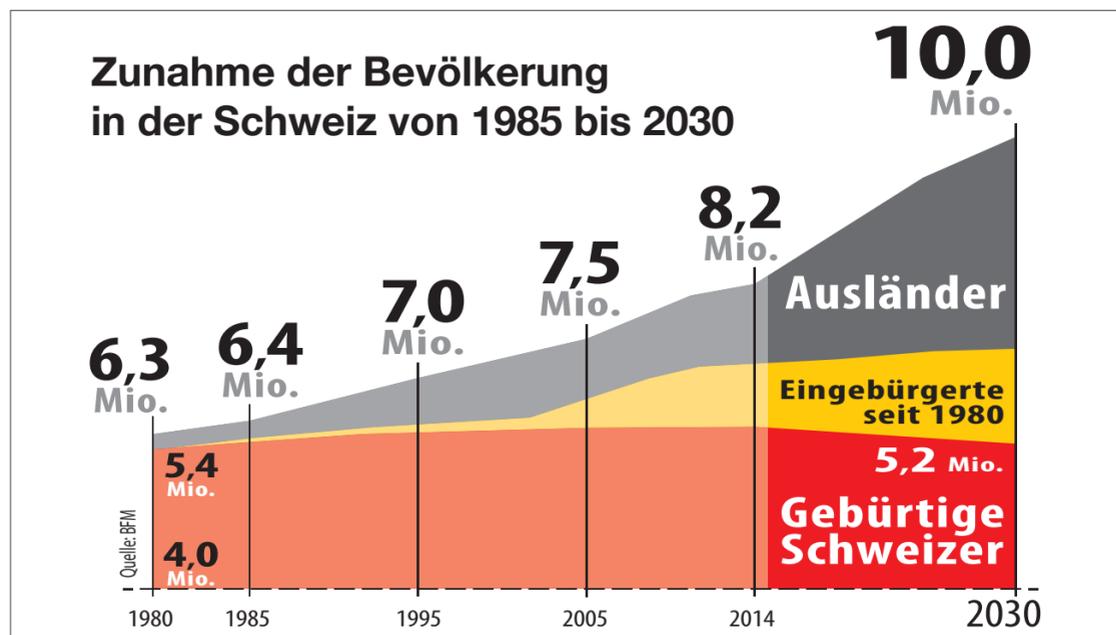
der erzwingen müssen. Die Initiative umfasst einen Deliktskatalog, der in der Bundesverfassung festgehalten und direkt anwendbar ist. So kann sich der Souverän endlich gegen die Behörden und Politiker durchsetzen, welche seit Jahren die Arbeit verweigern.



Natalie Rickli, Nationalrätin, Winterthur (ZH)

Durchsetzungs-Initiative

Im Jahr 2016 wird das Volk an der Urne mit der Durchsetzungs-Initiative die Ausschaffung krimineller Auslän-



Rund 750'000 Personen sind in den letzten zehn Jahren netto in die Schweiz eingewandert. Geht die Entwicklung so weiter, wird die Bevölkerung der Schweiz 2030 zur Hälfte aus Ausländern und Eingebürgerten bestehen.

Wie viel Zuwanderung verträgt die Schweiz?

Roger Köppel, Chefredaktor der Weltwoche im Interview mit dem Extrablatt zum Wohlstand, Wachstum und zur Umsetzung des Verfassungsauftrages zur Begrenzung der Zuwanderung. Er will nicht mehr länger von aussen beobachten, wie in Bern das Erfolgsmodell Schweiz demontiert wird. Es ist Zeit, aktiv Partei zu nehmen – für die Schweiz.

Braucht die Schweiz wirtschaftliches Wachstum?

Roger Köppel: Ja. Die Schweiz ist ein Land ohne Bodenschätze und Kolonien. Sie lebt ausschliesslich vom Fleiss, von der Tüchtigkeit und von der Innovationskraft der hier arbeitenden Menschen und Unternehmen im Rahmen einer möglichst freien Wirtschaftsordnung.

Hängt dieses Wachstum von der Zuwanderung ab?

Nein. Aber eine massvolle und nach den richtigen Kriterien gesteuerte Zuwanderung ist im wirtschaftlichen Interesse der Schweiz. Was wir jetzt haben, eine unkontrollierte Massenzuwanderung, schadet der Schweiz, auch der Wirtschaft.

Gehört zu einer liberalen Politik nicht auch die Personenfreizügigkeit?

Nein. Die Personenfreizügigkeit ist eine Fehlkonstruktion wie der Euro.

Welche Folgen erwarten Sie, wenn sich die Zuwanderung im Ausmass der letzten Jahre fortsetzt?

Mehr Kriminalität, mehr Arbeitslosig-

keit, mehr Verkehrsüberlastung, höher verschuldete Sozialwerke, mehr Überbauung, mehr Stress und Unzufriedenheit bei den Schweizerinnen und Schweizern, weniger Produktivität und weniger Wohlstand.

Weshalb tut sich die Politik so schwer, den Volksentscheid vom 9. Februar 2014 umzusetzen?

Die Politiker wollten diesen Entscheid von Anfang an nicht. Der Bundesrat und eine Mehrheit in Bern bekämpften ihn massiv. Jetzt setzen sie alles daran, damit er nicht umgesetzt wird – neuerdings machen auch die Wirtschaftsverbände mit im Kampf gegen die SVP. Dahinter stecken kurzfristige Machtinteressen und Eigennutz. Die Personenfreizügigkeit bringt billige Arbeitskräfte für die Wirtschaft. Der Bundesrat steht wie das Parlament Mitte-Links. Man will näher an die EU ran, weil in der EU die Politiker das Sagen haben und nicht die Bürger. Die Politiker wollen sich aus der unbequemen direkten Demokratie befreien. Deshalb strebt der Bundesrat einen EU-«Rahmenvertrag»

an, der die Schweiz europäischem Recht und europäischen Richtern unterstellen würde.

Was tun wir, wenn die EU nicht über eine Anpassung der Personenfreizügigkeit verhandeln will?

Umsetzen! Der Zeitpunkt ist günstig. Die EU hat viele Probleme. Ich glaube nicht, dass die EU jetzt auch noch das letzte Land in Europa kaputt machen will, das seine Rechnungen gegenüber der EU pünktlich bezahlt – ohne, dass man ihm vorher einen Milliardenkredit geben muss.

Wohin bewegt sich die Schweiz in den nächsten Jahren?

In Bern dominiert parteiübergreifend die Linke. Links heisst: Immer mehr Staat, immer mehr Steuern und Abgaben, immer mehr EU und immer mehr unkontrollierte Zuwanderung, legal und illegal. Ich bleibe aber optimistisch. Ich glaube und hoffe, dass die Bürgerlichen in den nächsten Wahlen zulegen werden. Die SVP ist der Fels in der Brandung.

Was ist Ihre Motivation, in die Politik einzusteigen?

Schreiben allein genügt nicht mehr. Ich kann nicht länger von aussen beobachten, wie in Bern das Erfolgsmodell Schweiz demontiert wird. Es ist Zeit, aktiv Partei zu nehmen – für die Schweiz.

Was, glauben Sie, können Sie in Bern bewegen?

Ich stehe zur Schweiz. Ich verteidige die

Schweiz als Journalist, auch gegenüber Angriffen aus dem Ausland, etwa im deutschen Fernsehen. Sollte ich gewählt werden – was noch ein weiter Weg ist, – werde ich meine Stärken dafür einsetzen, dass die Schweiz nicht an die EU verschenkt und kaputt gemacht wird. Ich möchte mich auch für eine verbesserte bürgerliche Zusammenarbeit einsetzen. Man muss die kleinkarierten Empfindlichkeiten zurückstellen. Es geht um die Schweiz.

Roger Köppel

- ▶ Nationalratskandidat Zürich
- ▶ Chefredaktor und Verleger der Weltwoche
- ▶ Medienunternehmer und Publizist
- ▶ verheiratet, 3 Kinder
- ▶ Jahrgang 1965, wohnhaft in Küsnacht (ZH)



Bilaterale: Ja, aber nicht um jeden Preis

Die Schweiz ist eine der offensten Volkswirtschaften der Welt. Ein enger Austausch mit dem Nachbar EU stellt dabei eine Selbstverständlichkeit dar. Die bilateralen Beziehungen müssen aber stets auf Augenhöhe und im gegenseitigen Interesse stattfinden. Und sie sind kein Selbstzweck, wie man das in der aktuellen Debatte bisweilen meinen könnte.



«Es wäre für die Schweiz geradezu selbstzerstörerisch, für einzelne Verträge mit der EU Unabhängigkeit, Selbstbestimmung und den politischen Handlungsspielraum aufzugeben.»

Nationalrat Thomas Matter, Unternehmer, Meilen (ZH)

Die Schweiz ist mit der EU über nicht weniger als 283 bilaterale Verträge verbunden, welche verschiedenste Bereiche regeln, angefangen vom Freihandelsabkommen von 1972 bis zum Abkommen über den automatischen Informationsaustausch, das noch nicht einmal vom Parlament beraten wurde. Im Fokus stehen derzeit die sieben Verträge des Paketes Bilaterale I, welche 1999 abgeschlossen wurden. Volk und Stände haben im vergangenen Jahr beschlossen, dass aus diesem Paket das Abkommen über die Personenfreizügigkeit nicht mehr in der bisherigen Form weitergeführt werden soll, weil die Auswirkungen für die Schweiz mit zu grossen Nachteilen verbunden sind. Die Masseneinwanderung von jährlich rund 80'000 Personen belastet die Volkswirtschaft, Infrastrukturen, das Landschaftsbild und die Lebensqualität in zunehmendem Mass.

Keine Abschottung

Die anderen sechs Verträge des Paketes Bilaterale I betreffen den Landverkehr, den Luftverkehr, die technischen Handelshemmnisse, das öffentliche

Beschaffungswesen, die Landwirtschaft und die Forschung. Diese Verträge können aus Sicht der Schweiz weitergeführt werden, sie sind aber nicht alle gleich wichtig für die Schweiz. So ist das Landverkehrsabkommen vor allem für die EU von grosser Bedeutung. Es darf zudem nicht vergessen werden, dass das Personenfreizügigkeitsabkommen seinerzeit nicht dem Wunsch der Schweiz entsprach. Die Schweiz kann gut auf ein solches Abkommen verzichten, falls kein neues ausgehandelt werden kann, da sie die gewünschten Arbeitskräfte aus dem Ausland jederzeit rekrutieren kann, falls der inländische Arbeitsmarkt die Bedürfnisse der Wirtschaft nicht vollumfänglich befriedigt.

Auf die eigenen Stärken vertrauen

Da die Abkommen der Bilateralen I miteinander verknüpft sind, stellt sich die Frage, was geschieht, wenn das Personenfreizügigkeitsabkommen dahinfallen würde. Betroffen wären dadurch in erster Linie nur die erwähnten sechs der insgesamt 283 Ab-

kommen. Ob die EU auf diese Abkommen verzichten möchte, ist zudem fraglich. Die Schweiz gehört auch für die EU zu den wichtigsten Handelspartnern. Sie exportiert mehr in die Schweiz, als unsere Wirtschaft in den EU-Raum. Die Unternehmen in der EU wollen den Absatzmarkt Schweiz unter keinen Umständen verlieren. Zudem ist der grenzüberschreitende Handel primär durch die Regeln der Welthandelsorganisation WTO und des Freihandelsabkommens abgesichert.

Beziehungen zur EU nicht überhöhen

Es wird also in jedem Fall einen pragmatischen Weg geben. Die EU ist ein wichtiger Handelspartner. Die Schweizer Wirtschaft muss sich aber global ausrichten und sollte sich nicht in einseitige Abhängigkeiten begeben. Das zeigt derzeit gerade die Euro-Krise. Zudem wäre es geradezu selbstzerstörerisch, für einzelne Verträge Unabhängigkeit, Selbstbestimmung und den politischen Handlungsspielraum aufzugeben.

Frei bleiben – ohne EU

Unabhängigkeit und Selbstbestimmung verschafften der Schweiz bis heute die notwendigen Standortvorteile; ein Grund für unseren wirtschaftlichen Erfolg und unseren Wohlstand. Damit dies auch in Zukunft so bleibt, dürfen wir uns auf keinen Fall durch neue Verträge von der EU fremdbestimmen lassen.



Nadja Pieren, Nationalrätin, Burgdorf (BE)

«Als weltoffenes Nicht-EU-Mitglied ist die Schweiz ideal positioniert.»

Im Vergleich zu den EU-Ländern geht es der Schweiz sehr gut. Den Erfolg der vergangenen Jahrzehnte verdanken wir dem Umstand, dass wir als weltoffenes Nicht-EU-Mitglied immer selber über uns bestimmen durften. Unsere gelebte direkte Demokratie, der Föderalismus und ein ausgeprägter Sinn für persönliche und unternehmerische Freiheit verleihen dem Standort Schweiz seine Einzigartigkeit.

Selbstbestimmung erhalten

Auf Druck von aussen, aber auch durch politische Opportunisten im eigenen Land wurden in den vergangenen Jahren Standortvorteile, welche die Schweiz für Arbeitsplätze, Investitionen und Innovationen attraktiv machten, abgebaut. Wichtige Qualitäten wie die Privatsphäre, ein flexibler Arbeitsmarkt und ein schlanker Staat werden von Mitte-Links in Frage gestellt und sogar leichtfertig aufgegeben: ein Weg in die falsche Richtung, weil dadurch die Wirtschaft und die Selbstbestimmung im eigenen Land geschwächt werden.

Eigene Rechte beschnitten

Die wohl verhängnisvollste Entwicklung ist die schleichende Aufgabe unserer rechtlichen und politischen Selbstbestimmung. Wir geben Kompetenzen an internationale Organisationen und Gerichte ab. Dynamische Verträge mit der EU, Konventionen und Richtlinien im Bereich des Europarats, der UNO oder der OECD schwächen unsere direkte Demokratie, also die Selbstbestimmung durch den Souverän, das Volk und die Stände. Die eigenständige Rechtsentwicklung der Schweiz wird immer mehr eingengt.

Selbstbestimmungsinitiative

Die Volksinitiative «Schweizer Recht statt fremde Richter (Selbstbestimmungsinitiative)» gibt hier Gegensteuer. Sie sichert der Schweiz auch in Zukunft Entscheidungen durch das Volk und eine rechtliche Selbstbestimmung. Das ist unerlässlich für die Sicherung des Erfolgsmodells Schweiz.

Jetzt unterschreiben!

www.selbstbestimmungsinitiative.ch



«Denn hier bestimmen wir!»



Hansjörg Knecht

- Nationalrat und Ständeratskandidat Kanton AG
- Geschäftsführer und Mitinhaber der Knecht Mühle AG, Leibstadt
- Jahrgang 1960
- wohnhaft in Leibstadt
- verheiratet mit Rita



«In der direkten Schweizer Demokratie ist das Volk der Chef. Das hat sich bewährt. Volksvertreter sind keine Könige, sie sind «Knechte» des Volkes.»

Als Unternehmer weiss Hansjörg Knecht, dass es noch viel Spielraum gibt, den Arbeitsplatz zu entlasten und damit Arbeitsplätze in der Schweiz zu sichern.

Die Knecht Mühle AG – ein unabhängiger Familienbetrieb – ist in der Schweiz eine bedeutende Weizen- und Spezialmühle mit eigener Getreidesammelstelle. Im 24-Stunden-Betrieb werden vollautomatisch erstklassige Mehle für das tägliche Brot von über 300'000 Menschen produziert.

EU-Politik des Bundesrates mit gezinkten Karten

Welchen Zielen die schweizerische Aussenpolitik zu dienen hat, ist in Artikel 2 der Bundesverfassung festgeschrieben: «Die Schweizerische Eidgenossenschaft schützt die Freiheit und die Rechte des Volkes und wahrt die Unabhängigkeit und Sicherheit des Landes.» Das Volk und dessen Vertreter im National- und Ständerat haben die Aussenpolitik des Bundesrates zu kontrollieren.



Lukas Reimann, Nationalrat, Wil (SG)

Wie sieht heute die aussenpolitische Realität aus? Die Schweiz befindet sich in einer Phase schleichender Preisgabe von Souveränität, Volksrechten und Neutralität. Seit 1992 liegt in Brüssel ein Gesuch um Verhandlungen über einen Beitritt der Schweiz zur EU. Der Bundesrat hat den EU-Beitritt zum «strategischen Ziel» erklärt. Dieses Ziel der bundesrätlichen EU-Politik wird bewusst verschleiert. Bern ist sogar bereit, die «dynamische Rechtsentwicklung» der EU widerspruchslos zu übernehmen und sich von Brüssel freiwillig einen Kolonialvertrag zur Unter-

schrift diktieren zu lassen. Das sei zwingend und dringend nötig, um den erfolgreichen «bilateralen Weg» weiter beschreiten zu können, wird fabuliert.

Gesamtpaket mit Sprengstoff... Die SVP unterstützt Verträge mit der EU nur, wenn diese die Interessen der Schweiz wahren und keine

«dynamische» oder «automatische» Übernahme künftigen Rechts beinhalten. Statt der Fixierung auf die EU wäre Weltoffenheit zur Teilnahme der Schweiz an den zukunfts-trächtigen Wachstumsmärkten ohnehin vielversprechender – und diese Märkte entwickeln sich heute hauptsächlich ausserhalb der EU. Ende Juni dieses Jahres verkündete

Aussenminister Didier Burkhalter, der Bundesrat habe nach einer europapolitischen Aussprache beschlossen, zur Umsetzung des Verfassungsauftrags vom 9. Februar 2014 zur Steuerung der Zuwanderung nur noch punktuelle Anpassungen an der EU-Personenfreizügigkeit anzustreben. Das soll in ein Gesamtpaket mitsamt einem insti-

tutionellen Rahmenabkommen mit der EU verpackt werden.

Taschenspielertricks statt Klarheit

Das sind Taschenspielertricks: Das Rahmenabkommen sieht nämlich die «dynamische» Übernahme von EU-Recht und in Auslegungs- und Streitfragen die Unterwerfung unter den EU-Gerichtshof (fremde Richter) vor.

Dass der Bundesrat erst nach den eidgenössischen Wahlen vom 18. Oktober dieses Jahres die Karten aufdecken will, ist reine Geheimniskrämerei aus wahltaktischen Überlegungen. Die SVP fordert den Bundesrat auf, Stimmbürgerschaft und Parlament zeitgerecht und umfassend über seine aussenpolitischen Absichten zu informieren.

Eine institutionelle Einbindung in die EU liegt nicht im Interesse der Schweiz, sondern ist eine Forderung der EU, um ihre Interessen und ihren Machtanspruch in der Schweiz umfassend durchzusetzen. Ein solcher Vertrag macht unser Land zu einem Satellitenstaat und führt faktisch zum EU-Anschluss. Das wäre die Selbstaufgabe der Schweiz. Die SVP wird alles daransetzen, dass der Bundesrat die Schweiz nicht in die EU führt.



Die Taschenspielertricks des Bundesrates: Das geplante Rahmenabkommen sieht nämlich die «dynamische» Übernahme von EU-Recht und in Auslegungs- und Streitfragen die Unterwerfung der Schweiz unter den EU-Gerichtshof (fremde Richter) vor.

Rahmenvertrag ist für die Wirtschaft brandgefährlich

Der vom Bundesrat geplante Rahmenvertrag mit der EU zur institutionellen Einbindung der Schweiz birgt enorme Risiken für unsere Wirtschaft. Mit einer dynamischen Übernahme von EU-Recht und der Akzeptanz des EU-Gerichtshofes als oberstes Gremium bei der Auslegung des Rechts wird die inzwischen sozialistisch geprägte Regulierungsflut aus Brüssel ungebremst auf die Schweiz überschwappen. Dies bringt ungeahnte Staatsinterventionen und wirtschaftsfeindliche Bürokratie, in erster Linie zu Lasten unserer Unternehmen.



Jean-François Rime, Nationalrat und Präsident Schweizerischer Gewerbeverband, Bulle (FR)

Das neue Lebensmittelrecht zeigt, in welche Richtung sich diese dynamische Rechtsübernahme jetzt bewegt und noch in verstärktem Mass und auch in allen anderen wirtschaftspolitisch relevanten Bereichen entwickeln wird. Das neue Lebensmittelgesetz löst eine Regulierungswelle mit 29 Verordnungen aus. Mindestens 9 neue Verwaltungsstellen und zusätzliche Millioneninvestitionen im Bereich Informatik allein auf Stufe Bund sind die Konsequenz daraus. Jetzt können wir noch das Schlimmste verhindern und Korrekturen anbringen. Bei einer dynamischen Rechtsübernahme müsste die Schweiz aber zwingend das EU-Recht übernehmen. Die Wirtschaft wäre der Regulierungsflut aus Brüssel ungeschützt ausgeliefert.

Die Branchen werden bevormundet und gegängelt, der Bürokratieapparat weiter aufgebläht. Gleiches gilt allgemein unter den Schlagworten Konsumentenschutz, Umweltschutz oder Prävention. Das Gewerkschaftsrecht würde weiter ausgebaut. Solidarhaftungen, ausufernde Arbeitszeiterfassungspflichten und Ferienregulierungen, neue

Quotenregelungen, Lohndiskriminierungspolizei, die Möglichkeit von Sammelklagen, Unisextarife oder ein ausgehnter Elternurlaub werden bei einer Anpassung an die EU die Wirtschaft zusätzlich belasten, die Freiheit der Bürger beschneiden, die Steuern in die Höhe treiben und unseren flexiblen Arbeitsmarkt zerstören.



Ein Rahmenvertrag mit der EU würde den Gesetzes- und Regulierungswahnsinn weiter ankurbeln. Dies verursacht nebst hohen Kosten mehr Arbeitslose in der Schweiz.



Die EU entwickelt sich immer mehr zu einer Umverteilungsmaschine von reichen zu armen Ländern. Deshalb will die EU die wohlhabende Schweiz dabei haben!

Die SVP in Kürze

-  Wir zählen rund 90'000 Mitglieder.
-  Wir stehen für eine unabhängige, freiheitliche und neutrale Schweiz ein. Einen EU-Anschluss oder -Beitritt lehnen wir kategorisch ab.
-  Die SVP hat seit den letzten Nationalratswahlen 2011 in 19 von 24 Kantonen die Wahlen gewonnen. Das heisst, sie hat an Wählerstärke zugelegt und / oder zusätzliche Parlamentsmandate erzielen können.
-  Die SVP hat heute 54 Nationalratssitze und 5 Ständeratssitze und hofft, bei den Wahlen vom 18. Oktober 2015 diese Sitze mindestens halten zu können.

Mehr Infos unter: www.svp.ch

Die SVP-Parteileitung 2014/2015



TONI BRUNNER
Parteipräsident (SG)



ADRIAN AMSTUTZ
Fraktionspräsident (BE)



NADJA PIEREN
Vizepräsidentin (BE)



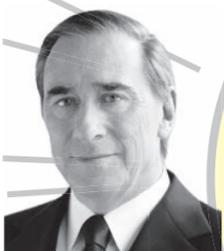
OSKAR FREYSINGER
Vizepräsident (VS)



LUZI STAMM
Vizepräsident (AG)



CHRISTOPH BLOCHER
Vizepräsident (ZH)



WALTER FREY
Vizepräsident (ZH)



JUDITH UEBERSAX
Vizepräsidentin (SZ)



CLAUDE-ALAIN VOIBLET
Vizepräsident (VD)

Tradition hat einen Namen: SVP.



Damit die Schweiz Schweiz bleibt.

Unabhängigkeit, Eigenständigkeit, direkte Demokratie, Neutralität und Föderalismus sind die Staatssäulen, die unsere Vorfahren erschaffen und erkämpft haben und die wir verteidigen. Dies im Wissen, dass es keine Freiheit ohne Sicherheit gibt.

Im Bundesbrief, am Beginn unserer Eidgenossenschaft, gelobten die Gründer unseres Landes ebenso, keine fremden Richter anzuerkennen.

Unsere Bundesverfassung nimmt in der Präambel auf, dass nur frei ist, wer seine Freiheit gebraucht, und dass die Stärke des Volkes sich am Wohl der Schwachen misst. In dieser Tradition versprechen die Kandidatinnen und Kandidaten der SVP gegenüber der Bevölkerung der Schweiz:

Wir wollen

-  keinen Anschluss an die EU und keine Anerkennung fremder Richter, damit wir selber unsere Geschicke bestimmen können;
-  die Zuwanderung begrenzen und keine 10-Millionen-Schweiz, damit wir weiterhin eine lebenswerte und intakte Heimat haben;
-  kriminelle Ausländer ausschaffen und die Missbräuche im Asylwesen bekämpfen, damit wir in Sicherheit leben können;
-  tiefe Steuern für alle und weniger staatliche Regulierungen, um Arbeitsplätze zu sichern.



Kandidatinnen und Kandidaten für den Nationalrat anlässlich des Wahlauftraktes mit Wahlversprechen in St. Luzisteig (GR) am 22. August 2015.



www.svp.ch

SVP Schweiz, Postfach 8252, 3001 Bern, PC: 30-8828-5

DESHALB AM 18. OKTOBER
SVP WÄHLEN.

2 Fragen an unseren Bundesrat Ueli Maurer:

Wie schätzen Sie unser Verhältnis zur EU ein?

Es ist durch ein zentrales Missverständnis geprägt: Die EU versteht nicht, dass wir ein eigenständiges, unabhängiges Land bleiben wollen. Sie meint, wir wollen uns in die EU integrieren. Vielleicht machen wir ihr auch nicht immer genügend klar, dass das nicht unser Ziel ist. Sonst würde sie ja jetzt nicht fordern, dass wir uns ihrem Recht und ihren Richtern unterwerfen müssen. Damit würden wir unsere Unabhängigkeit aufgeben und wären faktisch ein Teil der EU.



Bundesrat Ueli Maurer, Vorsteher des Eidgenössischen Departements für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS)

Wo orten Sie in der Schweiz den grössten Handlungsbedarf, wenn es um die Sicherheit geht?

Er besteht an zwei Orten: Zum einen bei der inneren Sicherheit; die Kriminalität beeinträchtigt unsere Lebensqualität mittlerweile erheblich. Viele Leute sind verunsichert. Unsere Bürger haben Anspruch darauf, dass sie an Leib, Leben und Eigentum geschützt werden. Hier muss etwas geschehen, unter anderem sind kriminelle Ausländer endlich konsequent auszuschaffen, so wie es das Volk beschlossen hat.

Zum andern müssen wir unsere Armee wieder so ausrüsten, dass sie in ganz verschiedenen Bedrohungssituationen die Sicherheit aufrechterhalten kann. Vergessen wir nicht, dass die Unsicherheit weltweit zunimmt. Staatszerfall im Nahen Osten und der Aufstieg des Islamischen Staates, verschärfte Ost-West-Spannungen und Krieg in der Ukraine, zunehmende islamistische Terrorgefahr...

SVP bi dä Lüt

Von Chur bis Genf im Gespräch mit den Leuten auf der Strasse und an Messen.

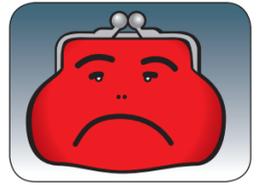


Ohne uns ...

... wäre die Schweiz Mitglied der Europäischen Union (EU)



... wären die Steuern, Abgaben und Bussen noch höher



... gäbe es noch mehr Missbrauch bei der Sozialhilfe



... würde die Masseneinwanderung unkontrolliert weitergehen



... würde die Ausschaffung krimineller Ausländer nicht einmal thematisiert



... mischte sich der Staat noch mehr ins Familienleben ein



... würden die Autofahrer noch mehr schikaniert



... stünden in der Schweiz immer mehr Minarett



Von der Bauern- und Gewerbspartei zur heutigen SVP

Die Wurzeln der SVP liegen in der Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei (BGB). In Zürich wurde 1917 die Bauernpartei gegründet, in Bern 1918 die Bauern- und Gewerbspartei. Sie schlossen sich 1921 zur BGB zusammen, die ab 1937 als Landespartei bestand. 1929 wurde mit Rudolf Minger, der ein grosser Freund von General Guisan war, erstmals ein Politiker unserer Partei in den Bundesrat gewählt. Wegen seiner volksverbundenen Art gilt Minger noch heute als einer der beliebtesten und bekanntesten Bundesräte der Schweizer Geschichte.

Während des Zweiten Weltkrieges schlug die Stunde von BGB-Bundesrat Friedrich Traugott Wahlen: Um in einer entbehrungsreichen Zeit die Versorgung unseres Landes mit Nahrungsmitteln sicherzustellen, entwickelte er den berühmten «Plan Wahlen». In der folgenden «Anbauschlacht» wurden sogar in den Grünanlagen der Städte Kartoffeln, Zuckerrüben und Getreide angepflanzt. So konnte der Selbstversorgungsgrad der Schweiz mit Lebensmitteln von 52 Prozent (1939) auf 72 Prozent (1945) erhöht werden. Im

Jahr 1971 vereinigte sich die BGB mit der Demokratischen Partei der Kantone Glarus und Graubünden zur Schweizerischen Volkspartei (SVP).

1992 bekämpfte die SVP allein gegen die etablierten Kreise einen Beitritt der Schweiz in den EWR. Das Schweizer Stimmvolk folgte ihr und entschied sich für die Unabhängigkeit unseres Landes. Seither hat die Partei ihre Wählerbasis mehr als verdoppelt. Der Wähleranteil der SVP liegt heute national bei 26,6%.



Rudolf Minger und Friedrich Traugott Wahlen – zwei herausragende Bundesräte der BGB/SVP. Adolf Ogi sicherte sich als Bundesrat von 1987 bis 2000 die Herzen der Schweizerinnen und Schweizer mit seinem berühmten Satz «Freude herrscht». Christoph Blocher und Ueli Maurer machten die SVP zur stärksten Partei der Schweiz. Als Bundesräte von 2003 bis 2007 (Christoph Blocher) und seit 2009 (Ueli Maurer) sind und waren sie eine wichtige Stimme für Freiheit und Unabhängigkeit im Bundesrat.

NATIONAL- UND STÄNDERATSWAHLEN 2015

Unsere Schwerpunkte:

- ✦ Für die Selbstbestimmung der Schweiz – Nein zum schleichenden EU-Beitritt
- ✦ Für die Umsetzung einer griffigen Ausländer- und Asylpolitik
- ✦ Für tiefe Steuern, Stärkung des Werkplatzes und Sicherung der Arbeitsplätze

Unser Maskottchen: Wachhund Willy
 Folge Willy im Internet: www.svp.ch/willy
 Folge Willy auf Facebook: www.facebook.com/wachhundwilly



Interview

Magdalena Martullo-Blocher, Unternehmerin Ems-Chemie



Magdalena Martullo-Blocher am Scuntrada-Markt in Savognin mit Ochse «Elvis»



Magdalena Martullo-Blocher mit einem Ems-Lernenden in der Produktion (Juli 2015)



Magdalena Martullo-Blocher auf dem Werkplatz Domat/Ems

Was ist Ihre Motivation, in die Politik einzusteigen?

Im Rahmen meiner Führungstätigkeit beim grössten Bündner Unternehmen erlebe ich die nationalen politischen Fehlentwicklungen und deren Auswirkungen auf Unternehmen und Bürger tagtäglich. Unsere aktuelle Bundespolitik leidet unter oberflächlichen Sachkenntnissen und leichtsinnigen Schnellschüssen. Überregulierung und ein ungebremster Staatsausbau belasten uns. Es

«Es gibt kaum einen Wirtschaftszweig, welcher nicht unter ausufernden Vorschriften und Bürokratie leidet.»

gibt kaum einen Wirtschaftszweig, welcher nicht unter ausufernden Vorschriften und Bürokratie leidet. Typische Beispiele finden sich im Umwelt- und Sicherheitsbereich, aber auch bei der Steuerhoheit oder in den Sozialsystemen.

Warum kandidieren Sie im Kanton Graubünden?

Als grösste Bündner Unternehmerin bin ich mit dem Kanton und seiner politischen Situation seit über zehn Jahren geschäftlich und privat eng verbunden. So weiss ich aus eigener Erfahrung, wo der Schuh drückt. Für Graubünden als Randkanton ist es nicht einfach, in Bern Gehör zu finden. Das kann ich als Nationalrätin ändern.

Für was für eine Schweiz setzen Sie sich ein?

Ich setze mich für eine eigenständige und föderalistische Schweiz ein, mit einer leistungsfähigen Wirtschaft, einer produktiven Landwirtschaft und mit Politikern, welche den Mut haben, sich für die Stärken, die Eigenheiten und die Freiheit der Schweiz einzusetzen.

Wollen Sie nun auch in der Politik in die Fussstapfen Ihres Vaters treten?

Ich sehe mich nicht als seine politische Nachfolgerin. Mein Anliegen ist eine bessere Politik in Bern. Leider ist das trotz jahrzehntelangem, intensivem Engagement meines Vaters immer noch nötig. Gerade auch in Bezug auf die anstehenden Verhandlungen mit der EU, bei denen automatisch EU-Recht übernommen und die Unterstellung unter die EU-Gerichtsbarkeit vom Bundesrat angestrebt wird. Ein gut besetztes Parlament kann das verhindern.

Was sind die grössten Herausforderungen für Sie als Exportunternehmerin?

Neben der Gefahr der Übernahme von EU-Recht, sind es die Energiepolitik des Bundes und all die neuen Regulierungen, welche die Handlungsfreiheit von Unternehmern einschränken. Die Beibehaltung der attraktiven Steuerquote. Der Erhalt unseres erfolgreichen dualen Ausbildungssystems mit mehr Gewicht auf den mathematisch-naturwis-

senschaftlichen Fächern, wo die Schweiz auch am meisten Arbeitsplätze in der Exportindustrie hat.

Wie beurteilen Sie die bilateralen Beziehungen Schweiz-EU?

Die Schweiz und der Wirtschaftsstandort Schweiz fahren ohne EU-Anbindung viel besser, solange sie eigene gute Lösungen finden. Die automatische Übernahme von EU-Recht lässt hier keinen Spielraum. Das politische EU-System ist nicht wirtschaftsfreundlich. Das Volk hat die Masseneinwanderungsinitiative angenommen, wir müssen sie umsetzen, ohne dass die Bilateralen gefährdet sind. Hier gibt es auch Lösungsansätze. Der Bundesrat und die Mehrheit der Parteien wollen sie einfach nicht aufnehmen.

Die Energiewende ist ein geflügelter Begriff – Ihre Einschätzung?

Ich glaube, der Bundesrat und viele Parlamentarier haben inzwischen realisiert, dass die Energiestrategie 2050, welche die Sonnen-/Windenergie so stark subventioniert, dass nicht einmal mehr die Wasserkraft konkurrenzfähig ist, in der Praxis nicht funktioniert. Sie haben aber nicht die Grösse, das zuzugeben und umzukehren. Inzwischen

«Gute Politik muss auch gar nicht so aufwendig sein.»

werden für immense Summen Fehlinvestitionen gemacht und die Stromversorgungssicherheit gefährdet. Wir werden diese Fehlstrategie noch lange spüren!

Sie sind 3-fache Mutter und Unternehmerin – wie bringen Sie das alles unter einen Hut?

Wie immer: Ich versuche mich möglichst gut zu organisieren. Gute Politik muss auch gar nicht so aufwendig sein. Eine gute Lösung hängt nicht von möglichst ausgefeilten und ausführlichen Paragraphen ab!

«Das politische EU-System ist nicht wirtschaftsfreundlich.»

Magdalena Martullo-Blocher

- ▶ Nationalratskandidatin Graubünden
- ▶ Unternehmerin
- ▶ Chefin Ems-Chemie, Vorstandsmitglied Verband Chemie/Pharma/Biotech
- ▶ verheiratet, 3 Kinder
- ▶ Jahrgang 1969, wohnhaft in Meilen und Lenzerheide



Autofahrer nicht kriminalisieren

Bisher hat der Autofahrer gezahlt, neuerdings wird er sogar kriminalisiert. Ein eigentlicher Bussenterror und willkürliche Eingriffe ins Privatleben sind die Folgen des Via-sicura-Gesetzespakets. Es braucht Gegensteuer. Die Autofahrer sind über das Geld, das sie in Form von Steuern, Gebühren und Abgaben abliefern, sonst schon wahre Milchkühe.

«Die Autofahrer sind wahre Milchkühe.»

analysen und Blutuntersuchungen zeigen, kein regelmässiger Alkoholkonsum im Spiel ist, ist sie damit für die Behörden als Alkoholikerin abgestempelt. Sie zahlt nicht nur – was selbstverständlich ist – eine Busse und muss den Ausweis für mehrere Monate abgeben, sondern sie erhält auch über Jahre Auflagen, wie sie sich im Alltag zu verhalten hat und wie viel Alkohol sie konsumieren darf. Zudem muss sie regelmässig Haarproben abgeben, um ihr Verhalten kontrollieren zu lassen. Eine Entmündigung sondergleichen.

Oder der junge Gewerbler, der im Stress bei der Ablieferung einer Offerte eine Geschwindigkeitsübertretung begeht, auf einer einsamen, völlig ungefährlichen Strecke. Der Führerausweis ist für Monate weg. Die Geldstrafe beläuft sich auf 20'000 Franken. Seine berufliche Existenz ist in Gefahr.

Polizei für Verkehrsbussen statt Sicherheit

Die Autofahrer werden heute in absurder Weise kriminalisiert. Die Zahl der Verkehrstoten beträgt nur noch einen Drittel des Wertes vor 30 Jahren. In der gleichen Zeit haben sich die Verurteilungen nach

Strassenverkehrsgesetz verdreifacht. Die Ausweisentzüge haben sprunghaft zugenommen. Bei den Kantonen sind die Verkehrsbussen heute fix budgetierte Einnahmepos-

«Die Autofahrer werden heute in absurder Weise kriminalisiert.»

ten, welche durch die Polizei heringeholt werden müssen. Sie belaufen sich auf mittlerweile rund 700 Millionen Franken pro Jahr.

Mit Sicherheit hat dies nichts mehr zu tun. Vielmehr fehlen die Einsatzkräfte für andere Aufgaben.

Kampf der Willkür

Es kann nicht sein, dass die Autofahrer willkürlich kriminalisiert werden, hohe Bussen erhalten und lange auf ihren Führerausweis verzichten müssen, während Einbrecher und Diebe mit bedingten Geldstrafen davonkommen. Weltfremde Politiker haben dieser Entwicklung mit dem übertriebenen Via-sicura-Gesetzespaket Vorschub geleistet. Die grotesken Auswüchse dieser verunglückten Gesetzgebung sind rasch zu korrigieren und rückgängig zu machen.



Nationalrat Albert Rösti, Ständeratskandidat, Uetendorf (BE)

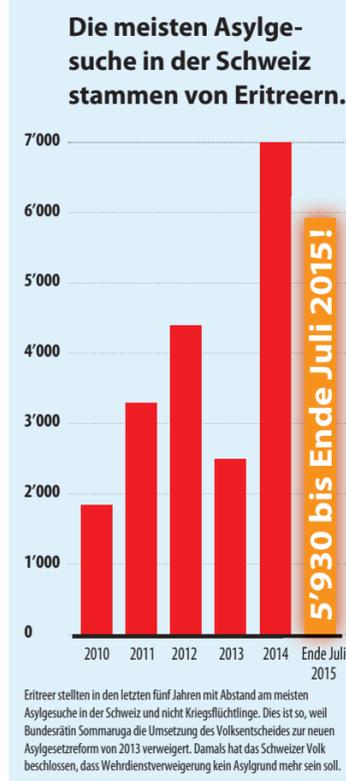
Eine junge Frau trinkt an einem Abend über den Durst und wird auf ihrem Motorradroller angehalten. Die Blutalkoholkonzentration liegt bei 1,6 Promille. Auch wenn die Frau noch nie mit dem Gesetz in Konflikt kam und, wie später Haar-

Asyl: Unverzögerlich handeln!

Die Situation im Asylwesen spitzt sich zu. Immer mehr Illegale und Wirtschaftsmigranten gelangen durch Schlepper in die Schweiz, obwohl sie nicht an Leib und Leben bedroht sind. Die Kosten im Asylbereich explodieren. Die belastenden Folgen in verschiedensten Bereichen tragen die Kantone und Gemeinden. Die einheimische Bevölkerung ist zunehmend verunsichert. Die SVP verlangt vom Departement Sommaruga endlich ein entschiedenes Handeln und die konsequente Anwendung der bestehenden Gesetze.



Für das Jahr 2015 rechnet der Bund mit gegen 30'000 Asylgesuchen. 60% dieser Personen dürfen langfristig in der Schweiz bleiben, obwohl die wenigsten verfolgt werden oder an Leib und Leben bedroht sind.



Heinz Brand,
Nationalrat,
Klosters (GR)

Die Schweiz hat eine lange Tradition der Aufnahme von Flüchtlingen, die an Leib und Leben bedroht sind. Diese Asyltradition wird jedoch untergraben, wenn jeder, der in die Schweiz kommt, auch hier bleiben darf, egal ob er Anspruch auf Asyl hat oder einfach ein besseres Leben sucht. Genau das geschieht seit einiger Zeit und führt je länger, je mehr zu Un-

mut, Unfrieden und Spannungen im Land. Über die offenen Grenzen gelangen zunehmend Personen in die Schweiz, welche in erster Linie von den hohen Sozialleistungen, der guten Sicherheitslage und der ausgezeichneten medizinischen Versorgung profitieren möchten.

Immer mehr Missbräuche

Die Sogwirkung dieser verfehlten Politik ist enorm. Die Folgen sind zunehmend untragbar:

- ▶ $\frac{2}{3}$ aller Asylsuchenden werden als Flüchtlinge anerkannt oder werden vorläufig aufgenommen (2013 war es noch nicht einmal $\frac{1}{3}$).

Dies, obwohl sich die Situation in den wichtigsten Herkunftsländern kaum verändert hat.

- ▶ Die meisten Asylsuchenden stammen aktuell aus Eritrea. Sie kommen also nicht aus Krisen- oder Kriegsgebieten wie beispielsweise Syrien, wie häufig behauptet.

- ▶ Die Schweiz hat in den letzten 30 Jahren im internationalen Vergleich überdurchschnittlich viele Gesuche verzeichnet und war damit wesentlich stärker belastet mit

« 6 Milliarden Franken für die Asyl- und Entwicklungshilfeindustrie »

Asylsuchenden als die meisten europäischen Staaten.

- ▶ Die Kosten der Asyl- und Entwicklungshilfeindustrie sind inzwischen auf rund 6 Milliarden Franken angewachsen. Allein die Kosten für den Asylbereich auf allen Stufen wird auf mindestens 3 Milliarden Franken geschätzt.

- ▶ Davon sind je länger, je mehr auch die Gemeinden betroffen, welche bereits nach wenigen Jahren die vollen Kosten – insbesondere der Sozialhilfe – zu tragen haben.

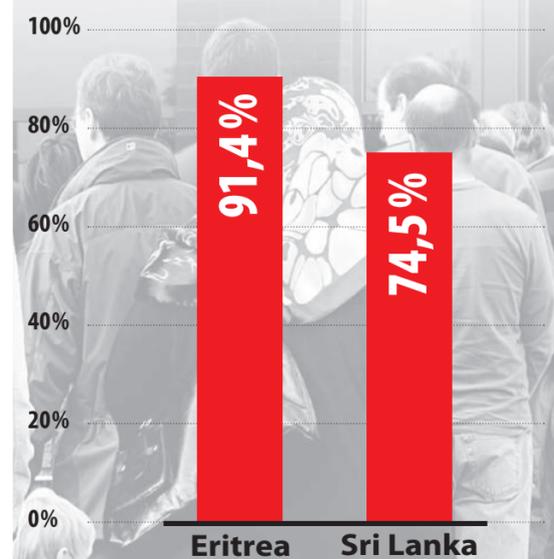
- ▶ Es gibt viel zu viele Missbräuche: Während Personen im Asylbereich rund 0,6% der Bevölkerung

ausmachen, wurden im letzten Jahr 4 Prozent aller Verstösse gegen das Strafbuch von ihnen verübt.

« In Bundesbern kämpft ausschliesslich und nachweislich die SVP für eine konsequente Asylpolitik. »

In Bundesbern kämpft ausschliesslich und nachweislich die SVP für eine konsequente Asylpolitik und gegen die zunehmenden Missbräuche. Mehr SVP im Parlament bedeutet deshalb auch weniger Missbräuche und damit weniger Kosten.

Sozialhilfequote (erwerbsfähige Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommene 2012):



Im Vergleich dazu lag die Sozialhilfequote bei Schweizer Bürgern im Jahr 2013 bei 2,2%.

Quelle: Antwort Bundesrat auf Vorstoss der SVP

Kommentar

Seit 25 Jahren kämpft die SVP für eine konsequente Ausländer- und Asylpolitik. Ihre Forderungen sind berechtigt und klar.

Im Asylbereich braucht es dringend ein Moratorium für mindestens ein Jahr. Das heisst: keine neuen Asylanerkennungen und keine neuen vorläufigen Aufnahmen. Um dies zu erreichen, sind die Grenzen wieder eigenständig zu kontrollieren und illegale Einwanderer konsequent abzuhalten. Grundsätzlich muss die geltende Bestimmung endlich angewandt werden: Wer aus einem sicheren Drittstaat in die Schweiz einreist, hat kein Anspruch auf ein Asylverfahren in der Schweiz. Im Gegenzug ist ein Ausbau der Hilfe vor Ort angezeigt. Die Mittel dazu sind im Budget von rund 3 Milliarden Franken pro Jahr für die Entwicklungshilfe vorhanden.

Zuwanderung begrenzen

Die Zuwanderung ist unverzüglich gemäss der von Volk und Ständen angenommenen Volksinitiative «gegen Masseneinwanderung» zu steuern und dadurch markant zu senken. Die Instrumente dazu, Kontingentierung und ein Inländervorrang, sind im neuen Verfassungsartikel festgeschrieben. Ebenso sind die Ansprüche auf Sozialleistungen und auf Familiennachzug zu beschränken. Die Vorgaben des Stimmbürgers an den Bundesrat sind klar – nun muss er diese endlich umsetzen.

Yvette Estermann,
Nationalrätin und
Ständeratskandidatin,
Kriens (LU)



Haben Sie Fragen zu den Wahlen?



Gratis-Hotline: 0800 002 444

Kostenlose kompetente Auskunft!

Ab dem 14. September bis am 17. Oktober können Sie sich kostenlos über die National- und Ständeratswahlen 2015 informieren. Wie wählt man richtig, wie kann man seine Stimme zugunsten der Schweiz am besten geltend machen?

Wir sind von Montag bis Freitag von 11.00 – 19.00 Uhr und am Samstag von 9.00 – 15.00 Uhr für Sie da.

Fragen per Mail: wahlen@svp.ch

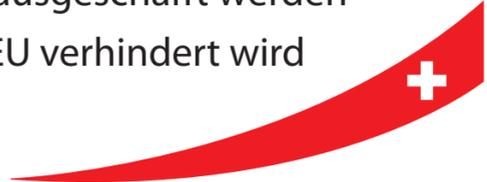
Frei bleiben - SVP wählen!
www.svp.ch



SVP ist die einzige Partei...

... die garantiert, dass

- die Zuwanderung begrenzt wird
- die Missbräuche im Asylwesen beseitigt werden
- kriminelle Ausländer ausgeschafft werden
- ein Anschluss an die EU verhindert wird



Darum am 18. Oktober

SVP wählen.

www.svp.ch

SVP Schweiz, Postfach 8252, 3001 Bern, PC: 30-8828-5



Wettbewerb

Welcome to SVP: Was machen die denn da?



- G Ist am Kuchenbacken
- W Verteidigt das Bankkündengeheimnis



- A Hat seine Traumfrau gefunden und ist hin und weg
- E Nimmt nach einem guten Kirsch auch noch K.o.-Tropfen



- L Teilt Picknick mit seiner Einger Kampfkuh
- S Hat keine Freunde



- O Entspannt sich nach der Arbeit
- C Sieht sich eine Sendung mit Roger de Weck im SRF an



- OM Liest wie immer die WQZ auf dem Klo
- IE Hat den Verlag gewechselt



- ET Hört sich neuen Song Welcome to SVP an
- UN Sammelt alte Radios



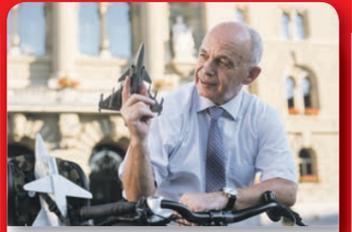
- O Wäscht Geld in der Waschmaschine
- D Ist neu Hausmann



- L Macht Werbung für Zahnpasta
- S Staubt als Medizinhistoriker seine Knochengestelle ab



- V Springt als alter Fallschirmgrenadier in den Pool
- I Macht beim Topmodel-Wettbewerb mit



- P Fährt mit Gripen-Kampfflieger Velo
- V Frönt seinem Hobby Modellfliegerbasteln

Die richtige Antwort lautet: _____

Kreuzen Sie die korrekten Antworten an, reihen Sie die Buchstaben aneinander und schicken Sie die Lösung ein.

1. Preis: Eine Übernachtung inkl. Nachtessen, für 2 Personen im Haus der Freiheit von Toni Brunner
2. Preis: Ein SVP-Wachhund Willy «Special Edition» mit Nummer
3. Preis: Ein Mittagessen mit Toni Brunner für 2 Personen im Haus der Freiheit, www.hausderfreiheit.ch
4. bis 10. Preis: Eine CD/DVD mit dem Song Welcome to SVP

www.welcometosvp.ch

Jetzt den Song

Welcome to SVP kaufen!

Sende eine SMS mit dem Text "SVP 2015" an die Nummer 900.

CHF 1.50 wird dir direkt von deiner Handyrechnung abgebucht und der Song automatisch per SMS verschickt.

Ich setze mich auch für eine freie, unabhängige und souveräne Schweiz ein.

- Ich möchte Mitglied der SVP in meinem Wohnort bzw. meinem Bezirk/meiner Region werden. Die Parteimitgliedschaft ist zu vergleichen mit einer Mitgliedschaft in einem Verein.
- Bitte schicken Sie mir das Parteiprogramm der SVP Schweiz zu.
- Ich wäre gerne informiert über die laufenden Aktivitäten, Medienmitteilungen und Artikel der SVP Schweiz. Bitte senden Sie mir ab sofort Ihren Newsletter an nebenstehende E-Mail-Adresse.
- Ich unterstütze die SVP und spende _____ Franken auf das **PC 30-8828-5**.
- Bitte senden Sie mir einen **Einzahlungsschein** der SVP Schweiz.
- Ich unterstütze die Volksinitiative Schweizer Recht statt fremde Richter (Selbstbestimmungsinitiative). Bitte schicken Sie mir _____ Unterschriftenbogen zu.
- Wettbewerb:** Ich möchte nur am Wettbewerb teilnehmen.
- Bitte senden Sie mir eine CD/DVD mit dem Song Welcome to SVP für Fr. 5.– zu.

Name/Vorname _____

Strasse _____

PLZ/Ort _____

Telefon _____

E-Mail _____

Datum/Unterschrift _____

Ausschneiden und in einem Couvert senden an:

SVP Schweiz, Generalsekretariat, Postfach 8252, 3001 Bern, E-Mail: info@svp.ch, Telefon: 031 300 58 58, Fax: 031 300 58 59

www.svp.ch



Ihre Ständerätin für den Kanton Luzern

Der 18. Oktober 2015 ist ein wichtiges Datum in der politischen Agenda der Schweiz: An diesem Tag entscheidet sich wieder, wer in der nächsten Legislaturperiode den Kanton Luzern im Parlament in Bern vertritt.

Liebe Freunde,

In den vergangenen acht Jahren vertrat ich Ihre Anliegen in Bern mit Freude, Engagement und hoher Präsenz. Ich war in den letzten vier Jahren als einziges Mitglied des Nationalrats bei 99,8% aller Abstimmungen dabei und erhielt für diese Präsenz eine spezielle Auszeichnung. Das Schweizer Fernsehen berichtete darüber (Beitrag unter www.estermann-aktuell.ch).

Besonders am Herzen liegt mir der Wirtschafts- und Unternehmensstandort des Kantons Luzern. Deshalb setze ich mich in Bern seit Jahren bei jeder Gelegenheit für eine bürgerliche Politik ein und unterstütze das Gewerbe und die Landwirtschaft tatkräftig. Laut KMU-Ranking des «Schweizerischen Gewerbeverbandes» von 2014 bin ich sogar der «gewerbefreundlichste Parlamentarier» des Kantons Luzern und zweitplazierte der ganzen Zentralschweiz!

Ich kämpfe auch nach wie vor für den Erhalt der direkten Demokratie, für Freiheit, Neutralität und Unabhängigkeit der Schweiz und kandidiere nochmals für den Nationalrat.

Doch eine Tatsache beschäftigt mich immer wieder: Der Nationalrat beschliesst mit den bürgerlichen Kräften – oft nach langer Beratung – eine Vorlage oder ein Anliegen, welches für unser Gewerbe oder für unsere lebenswichtige Landwirtschaft eine gute Lösung darstellt. Dann wird dieser Beschluss durch den Ständerat wieder gekippt! Im Gegensatz zu früher ist er heute nämlich Mitte-Links geprägt.

Es ist ausserordentlich wichtig, dass der Ständerat bürgerlicher wird und für den Kanton Luzern eine neue Kraft in die «kleine Kammer» einzieht. Ich stelle mich deshalb zusätzlich als Ständeratskandidatin zur Verfügung und zähle dabei auf Ihre Unterstützung!

Wir brauchen in Bern mutige Volksvertreter mit Rückgrat, welche sich ohne Wenn und Aber für das Wohl der Bevölkerung einsetzen, damit es dem Gewerbe, der Landwirtschaft und möglichst vielen Menschen in unserem schönen Kanton gut geht – sie haben es verdient!

Seit Jahren trete ich konsequent und mit voller Präsenz für Ihre Anliegen

ein. Ich verfolge mit Nachdruck Ziele, welche mir die Wählerschaft vorgibt. Das habe ich auch als Vertreterin unseres Kantons im Ständerat vor nach dem Motto: «Ich nehme Ihre Sorgen auf und vertrete diese in Bern mit vollem Einsatz!»

Ich weiss, ein Ständeratssitz ist für die SVP eine echte Herausforderung, sind doch beide Sitze des Kantons Luzern seit 1848 in den Händen von CVP und FDP. Es ist ein Kampf David gegen Goliath, – doch das Wort unmöglich gibt es für mich nicht!

Die Zukunft liegt am 18. Oktober in Ihren Händen. SIE können mit Ihrer Stimme bewirken, dass unser Ständerat in Bern wieder bürgerlicher wird. Zusammen können wir viel erreichen, denn GEMEINSAM SIND WIR STARK!

«Gerne werde ich Sie und unseren Kanton Luzern weiterhin im Nationalrat oder im Ständerat engagiert und kompetent vertreten»

Yvette Estermann,
Ständeratskandidatin



Für einen starken, eigenständigen und erfolgreichen Kanton Luzern!

Bewährt. Bürgerlich.



Yvette Estermann

- ▶ 26. Februar 1967
- ▶ Nationalrätin seit 2007
- ▶ Ärztin / Buchautorin
- ▶ Verheiratet, 1 Sohn
- ▶ Aussenpolitische Kommission APK
- ▶ Geschäftsprüfungskommission GPK
- ▶ Vize-Präsidentin der SVP-Bundeshausfraktion, seit 2007
- ▶ Vorstandsmitglied «SVP Frauen-Schweiz», seit 2012
- ▶ Mitglied mehrerer Schützen- und Sportvereine
- ▶ Mitglied des SAC und des Gewerbeverbandes
- ▶ Mitglied verschiedener parlamentarischer Gruppen
- ▶ Lieblingsorte: Pilatus und am Wasser
- ▶ Hobbys: Wandern, Malen, Garten, Pistolenschiessen
- ▶ Markenzeichen: Sonniges Gemüt
- ▶ www.estermann-aktuell.ch
- ▶ www.yvette-estermann.ch
- ▶ www.estermann-TV.ch



Am 18. Oktober 2015:
Yvette Estermann
wieder in den Nationalrat
und neu in den **Ständerat**



Zick-Zack-Kurs der Luzerner Regierung im Asylwesen!

Der Luzerner Regierungsrat setzt 48 Luzerner Gemeinden unter Druck, sie müssten innerhalb von zehn Wochen 419 Plätze für «Asylforderer» schaffen. Falls sie dem Befehl trotz intensiven Bemühungen nicht nachkommen, drohen hohe Bussen. Zu Recht wehren sich nun viele Gemeinden und geben Regierungsrat Guido Graf zu verstehen, dass sie sich nicht so von oben herab behandeln lassen.

Mit der aufflammenden Kritik konfrontiert, lässt sich Regierungsrat Graf in der Neuen LZ zitieren, auch ihm wäre eine Unterbringung der Asylbewerber in Zentren lieber – statt dass diese wie heute auf alle Gemeinden verteilt werden. Graf lamentiert, dass «raumplanerische Vorschriften» die Errichtung provisorischer Asylzentren verunmöglichten. Und weiter: «Raumplanerische Ausnahmen im Asylbereich wären sicher sinnvoll.»

Wir von der SVP reiben uns verwundert die Augen. Denn: Genau solche «raumplanerische Ausnahmen» wollte die SVP Kanton Luzern mit ihrer Volksinitiative «Für eine bürgernahe Asylpolitik» ermöglichen! Die Initiative fordert wortwörtlich: «Der Kan-

ton wird ermächtigt, unter Berücksichtigung der Anliegen der betroffenen Gemeinde provisorische Asyl-Zentren ausserhalb der Bauzonen und geschlossene Lager für deliktische und renitente Asylbewerber zu errichten.» Leider war der Luzerner Regierungsrat (dem auch Guido Graf angehört) gegen die SVP-Initiative und hat diese durchdachte Forderung gar für ungültig erklären lassen! Offenbar hat der Regierungsrat nun seine Meinung geändert. Wird er die SVP-Initiative nun unterstützen? Alles andere wäre inkonsequent.

Wer echte Lösungen im Asylwesen will, wählt das Original. Am 18. Oktober 2015: SVP wählen!



SVP-Asylinitiative – Missstände im Luzerner Asylwesen beheben!

Im März 2013 hat die SVP des Kantons Luzern die Volksinitiative «Für eine bürgernahe Asylpolitik» eingereicht. Mit dieser Initiative will die SVP im Asylwesen des Kantons Luzern Ordnung schaffen und die geltenden Missstände beheben. Schon bald haben Sie, liebe Leserin, lieber Leser, die Gelegenheit, darüber abzustimmen.

Das will die SVP-Asylinitiative verbessern:

- Die Unterbringung von vom Bund zugewiesenen Asylbewerbern ist Aufgabe des Kantons – und nicht von Organisationen wie der Caritas.
- Das Asylwesen wird von einer zentralen Stelle geführt. Es braucht klare Verantwortlichkeiten.
- Der Kanton erhält die Möglichkeit, ausserhalb der Bauzonen provisorische Asylzentren zu errichten – in diesen sollen delinquente und renitente Asylbewerber untergebracht werden. Die Gemeinden legen die Dauer der Einrichtung vertraglich mit dem Kanton oder dem Bund fest.
- Werden Asylsuchende temporär oder dauerhaft auf die Gemeinden (ausserhalb von provisorischen Asylzentren) verteilt, gelten folgende Bedingungen:
 - Die Sicherheit der Bevölkerung ist jederzeit gewährleistet.
 - Aufenthalte von mehr als einem Jahr sind nur für anerkannte Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommene möglich.
 - Die Gemeinde kann deliktische und renitente Asylbewerberinnen und Asylbewerber und solche mit abgelehnten Gesuchen an den Kanton zurückweisen.

- Die Gemeinden legen die demokratischen Mitbestimmungsrechte des Volkes fest. Es dürfen nicht mehr einfach über die Köpfe der Bevölkerung hinweg Asylzentren eröffnet werden.
- Sämtliche direkten und indirekten Kosten und Folgekosten, welche durch Asylbewerberinnen und Asylbewerber entstehen, werden

vom Kanton (resp. Bund) getragen. Bleiben Asylanten länger als 10 Jahre in einer Gemeinde, muss diese für die mitunter horrenden Kosten aufkommen. Asylantenfamilien, die Sozialhilfe beziehen, belasten schon heute gewisse Gemeinden mit mehreren Hunderttausend Franken pro Jahr!



Keine erdrückenden Asyl-Lasten unseren Gemeinden aufbürden!

Steuererhöhungen vors Volk!

Mit der Volksinitiative «Steuererhöhungen vors Volk», welche im April 2015 eingereicht wurde, will die SVP die Volksrechte in Bezug auf die Festlegung der Steuerbelastung stärken. Erhöht der Kanton die Steuern, soll das Volk das letzte Wort haben.

Das kantonale Steuergesetz ist dahingehend zu ändern, dass Erhöhungen des Steuerfusses dem Souverän automatisch zur Abstimmung unterbreitet werden. Die Bürger als Souverän haben ein Mitscheidungsrecht über ihr Geld verdient. Schliesslich hat in der Schweiz die demokratische Mitsprache in Steuerfragen auf vielen Gebieten eine lange Tradition. Auf kantonaler Ebene bedarf es hierfür keiner Ausnahme.

Nach aktuell gültiger Rechtslage hat das Volk bei Steuererhöhungen bis zu

1,6 Einheiten kein Mitspracherecht. Das soll sich ändern! Als einzige Partei, die auch heute noch bedingungslos für den kantonalen Steuerwettbewerb und für eine wohlstandssichernde, tiefe Steuerbelastung für die Wirtschaft und die Bürgerinnen und Bürger einsteht, will die SVP die Volkssouveränität in Steuerfragen wieder stärken.

Die wirtschaftliche und soziale Attraktivität des Kantons Luzern ist gefährdet. Obwohl die Strategie der steuerlichen Entlastung für Unternehmen und Bürger ein voller Erfolg ist, schreibt der Kanton Luzern rote Zahlen – was aber nicht an den Steuerentlastungen liegt, sondern am ungebrochenen Ausgabenwachstum (+360 Mio. Franken 2008 bis 2012)! Die Einnahmen versickern hauptsächlich in einer aufgeblähten Verwaltung, die in den letzten Jahren um Hunderte Stellen gewachsen ist...



Harte Strafen für Vergewaltiger und Schwerverbrecher!

Die brutale Vergewaltigung einer 26-jährigen Joggerin in Emmenbrücke von Ende Juli 2015 sitzt uns allen noch immer schwer in den Knochen. Ein «gebrochenes Deutsch» sprechender Täter richtete die junge Frau so übel zu, dass sie wohl ihr Leben lang querschnittgelähmt sein wird.

An dieser schrecklichen Tat kann leider niemand mehr etwas ändern. Sie ist geschehen. Die Politik kann allerdings durch eine Gesetzgebung, welche wieder vermehrt den Opferschutz ins Zentrum stellt, dazu beitragen, dass Vergewaltiger und Schwerverbrecher härter bestraft werden. Die seit Jahren Einzug gehaltene, von linken Kreisen vorangetriebene Kuscheljustiz, muss überwunden werden. Eine Bestrafung muss wieder vermehrt der Abschreckung dienen!

Wer als Ausländer ein schweres Delikt begeht (z.B. vorsätzliche Tötung, Mord, schwere Körperverletzung,

Raub, Menschenhandel, Vergewaltigung) gehört ohne Wenn und Aber sofort ausgeschafft. Wie es das Schweizer Volk mit seinem Ja zur SVP-Ausschaffungsinitiative beschlossen hat.

Eine Vergewaltigung ist ein äusserst schwerwiegendes Verbrechen gegen die psychische und physische Integrität einer Frau.

Wie vom Schweizer Volk angenommen, müssen kriminelle Ausländer endlich konsequent ausgeschafft werden.



Die SVP Kanton Luzern fordert:

- Für die Sicherheit der Bevölkerung wird schnell und konsequent gegen Gewaltstraftäter vorgegangen.
- die Erhöhung des Mindeststrafmasses bei Delikten an Leib und Leben und dass die Richter den Spielraum für längere Strafen des Strafgesetzbuches auch nutzen.
- ein Strafregister, in dem schwere Straftaten nicht gelöscht werden, damit Wiederholungstaten effektiv verhindert werden können.

Wegen Rekord-Masseneinwanderung: Zubetonierung des Kantons Luzern stoppen!

Die unkontrollierte Masseneinwanderung hinterliess in den letzten Jahren auch im Kanton Luzern ihre Spuren. Die Folgen: Der Platz wird immer knapper. Der Wohnraum für Familien und Junge wird teurer, die Verkehrsinfrastruktur kommt an den Anschlag. Überall Stau und verstopfte Strassen!

Die ständige Wohnbevölkerung des Kantons Luzern am Jahresende hat von 2006 bis 2013 um 8,7% zugenommen – auf über 390'000 Einwohner. Ende 2014 waren es bereits 394'600 Einwohner, mittlerweile dürfte die 400'000er-Marke längst geknackt sein. Seit Einführung der unkontrollierten Einwanderung mit der Personenfreizügigkeit 2007 ist vor allem der Ausländeranteil überproportional stark angestiegen – trotz konstant hoher Einbürgerungsquoten.

Während die ständige Gesamtwohnbevölkerung von 2006 bis 2013 um über 31'300 Personen zugenommen hat, war dieser Zuwachs zu fast 40% auf mehr Ausländer zurückzuführen. Obwohl der durchschnittliche Ausländeranteil von 2006 bis 2013 «nur» 16,4% ausmachte. In absoluten Zahlen ausgedrückt, ist die Anzahl Ausländer im Kanton Luzern zwischen 2006 und 2013 um satte 21,6% gestiegen. Von 55'355 auf über 67'300 Personen.

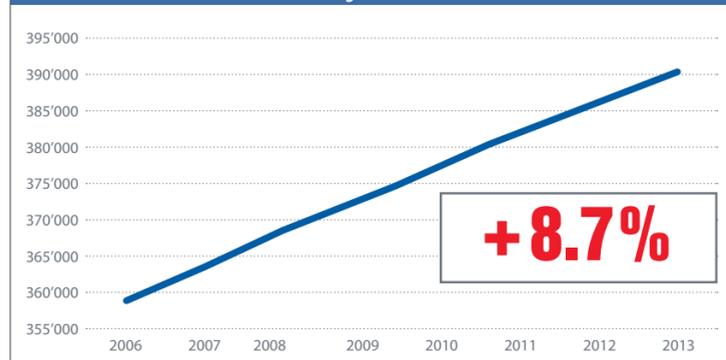
« Von 2006 bis 2013 hat der Kanton Luzern um so viele Einwohner zugenommen wie die Gemeinden Kriens und Adligenswil Einwohner haben. So kann es nicht weiter gehen »



Dass sich unter den Zuwanderern hauptsächlich Hochqualifizierte befinden, ist ein Ammenmärchen, das sich wacker hält. Die Realität ist eine andere: Schweizweit machte der Familiennachzug im Jahr 2013 knapp 30% an der gesamten Nettozuwanderung aus. Bei einem Ausländeranteil von 17,2% waren im Kanton Luzern per Ende 2013 knapp 43% der registrierten Arbeitslosen Ausländer.

Damit unser schöner Kanton Luzern nicht masslos weiter zubetoniert wird und die Wirtschaft massvoll wachsen kann, ist die SVP-Volksinitiative «Gegen Masseneinwanderung» konsequent umzusetzen.

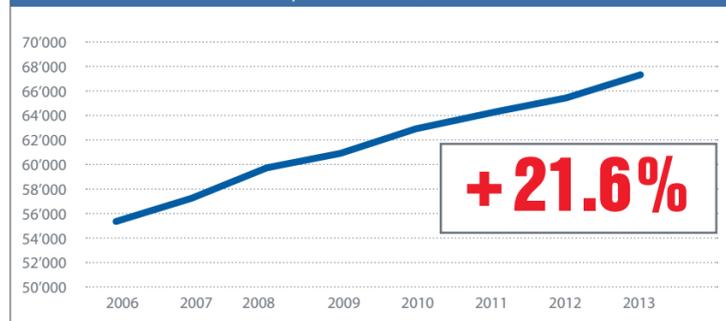
Ständige Wohnbevölkerung Kanton Luzern: Entwicklung von 2006 bis 2013



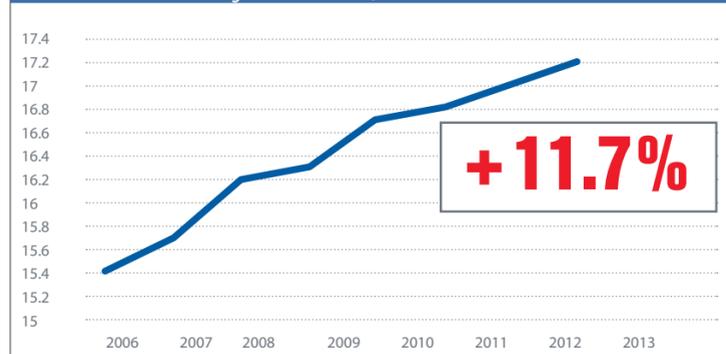
Datenquelle: Bundesamt für Statistik – STATPOP, ESPOP, LUSTAT – Kantonale Bevölkerungsstatistik; Neuste verfügbare Zahlen per 6. August 2015.

Ab 2010: Neue Definition der mittleren und ständigen Wohnbevölkerung
Wegen des Wechsels der Datenquelle stimmt im Jahr 2010 die Jahreszunahme nicht mit der Differenz zum Vorjahr

Entwicklung des Ausländeranteils in absoluten Zahlen (ständige Wohnbevölkerung am Jahresende) im Kanton Luzern von 2006 – 2013



Entwicklung des Ausländeranteils in Prozenten (Anteil an der ständigen Wohnbevölkerung am Jahresende) im Kanton Luzern von 2006 – 2013



Schlendrian stoppen – Einbürgerungskriterien verschärfen!

Der Schlendrian in der Einbürgerungspolitik zieht sich weiter hin. Dies betrifft auch den Kanton Luzern, wo sich die jährliche Zahl der Einbürgerungen von 1997 bis 2012 auf 1'695 Einbürgerungen verdoppelt hat. Darunter gibt es zu viele «Neu-Schweizer», die den Schweizer Pass eigentlich gar nicht verdient haben und einfach durchgewinkt wurden!

Es ist kein Geheimnis, dass die Einbürgerungskommissionen in den Gemeinden darunter leiden, dass es kantonsweit keine einheitlichen Kriterien gibt. Vielerorts wird ein Einbürgerungsgesuch im Zweifel lieber angenommen statt abgelehnt – lehnt eine Gemeinde schliesslich überproportional viele Gesuche ab, sieht sie sich gleich mit Rassismuskritik konfrontiert. Es kommt immer wieder vor, dass Asylanten, verurteilte Straftäter oder Personen, die Sozialhilfe bezogen und diese nicht zurückbezahlt haben, problemlos den Schweizer Pass erhalten.

Mit dem Akt einer Einbürgerung «bürgen» die Schweizer Staatsbürger für die Aufnahme in die Gemeinschaft der Eidgenossenschaft. Mit der Schweizer Staatsbürgerschaft sind viele Rechte, aber auch Pflichten verbunden. Darum darf der Schweizer Pass nur bei guten Kenntnissen der im

Wohnort gesprochenen Amtssprache sowie bei ausreichenden Kenntnissen des schweizerischen Staatsaufbaus und der Landesgeschichte erteilt werden.

Nur wer SVP wählt, sorgt dafür, die vielerorts zu laschen Einbürgerungskriterien zu verschärfen und der Verschleuderung des eidgenössischen Bürgerrechts Einhalt zu gebieten.



SVP wählen heisst:

- Abschaffung der doppelten Staatsbürgerschaft.
- Kein Pass für rechtskräftig verurteilte Schwerverkriminalen.
- Keine Einbürgerung von Personen, die wirtschaftlich nicht selbständig sind, d.h. von Sozialhilfeempfängern oder Personen, die bezogene Sozialhilfegelder nicht zurückbezahlt haben.
- Kein Pass ohne Niederlassungsbewilligung! Asylanten oder vorläufig Aufgenommene sollen nicht mehr eingebürgert werden.
- Es darf keinen Rechtsanspruch auf Einbürgerung geben.

Für eine wirtschaftlich lebensfähige Landwirtschaft

Die Landwirtschaft ist die Basis einer funktionierenden Gesellschaft. Sei es, um die Bevölkerung mit gesunden Lebensmitteln zu versorgen oder ihr einen intakten Lebens- und Freizeitraum zu bieten. Die Landwirtschaft spielt eine wichtige volkswirtschaftliche Rolle und ist für zahlreiche kleine und mittlere Unternehmen von grosser Bedeutung.



Gerade im Kanton Luzern, wo bei einem Anteil von 6% im Vergleich zum Schweizerischen Durchschnitt fast doppelt so viele Personen ihren Erwerb im primären (Landwirtschafts-) Sektor finden (Quelle: lustat.ch), ist die Landwirtschaft ein wesentlicher Wirtschaftsfaktor. Gerade in Krisenzeiten brauchen wir einen starken Bauernstand, der die eigene Bevölkerung versorgen kann. Aus diesem Grund darf der Eigenversorgungsgrad nicht weiter gesenkt werden.

Die SVP Kanton Luzern steht ein für eine wirtschaftliche Landwirtschaft, die unternehmerisch und freiheitlich handeln kann. Für eine produzierende Landwirtschaft, die qualitativ hochwertige Produkte herstellt und durch kostendeckende Preise am Markt entschädigt wird. Schlanke gesetzliche

Rahmenbedingungen mit basisorientierten und zumutbaren Auflagen sind dazu notwendig, dass Berufe in der Landwirtschaft für Junge wieder attraktiver werden.

Die Schweizer Landwirtschaft produziert in einem Hochpreisland. Unkontrollierte Grenzen und Freihandelsabkommen lehnen wir zum Schutz der eigenen Landwirte deshalb ab. Sie führen zu einer Abhängigkeit vom Ausland und bedrohen unsere Familienbetriebe in ihrer Existenz. Die hohe Qualität der Schweizer Landwirtschaft muss vor unökologischen Billig-Importen mit zweifelhaften Produktionsbedingungen geschützt werden. Darum dürfen Produkte, die in EU-Staaten zugelassen werden, nicht automatisch auch in der Schweiz verkauft werden.

Es heisst nicht umsonst: Geht es den Bauern gut, geht es dem ganzen Volk gut!

Bewährt.
Bürgerlich.



Yvette Estermann
in den Ständerat
und 2x auf Ihre Nationalratsliste



Islam als Luzerner Staatskirche? Nein, danke!

Auf Druck linker Multikulti-Ideologen, wollte der Luzerner Regierungsrat die gesetzliche Grundlage schaffen, damit neben der römisch-katholischen, der evangelisch-reformierten und der christkatholischen Kirche weitere Religionsgemeinschaften, wie der Islam, den Status einer Landeskirche erlangen können.

Eine staatliche Anerkennung des Islam, bei der es der Islamischen Gemeinde in erster Linie ohnehin darum geht, Geld in Form von Kirchensteuern generieren zu können, lehnt die SVP entschieden ab. Dass dies Teile der CVP anders sehen (4 CVP-Kantonsräte haben dem Vorstoss Mitte 2014 zugestimmt), wirft ein schiefes Licht auf jene Partei, die sich einst den christlichen Werten verpflichtet fühlte. Ebenfalls irritiert die mehrheitliche Zustimmung der FDP- und der Grünliberalen-Fraktion.

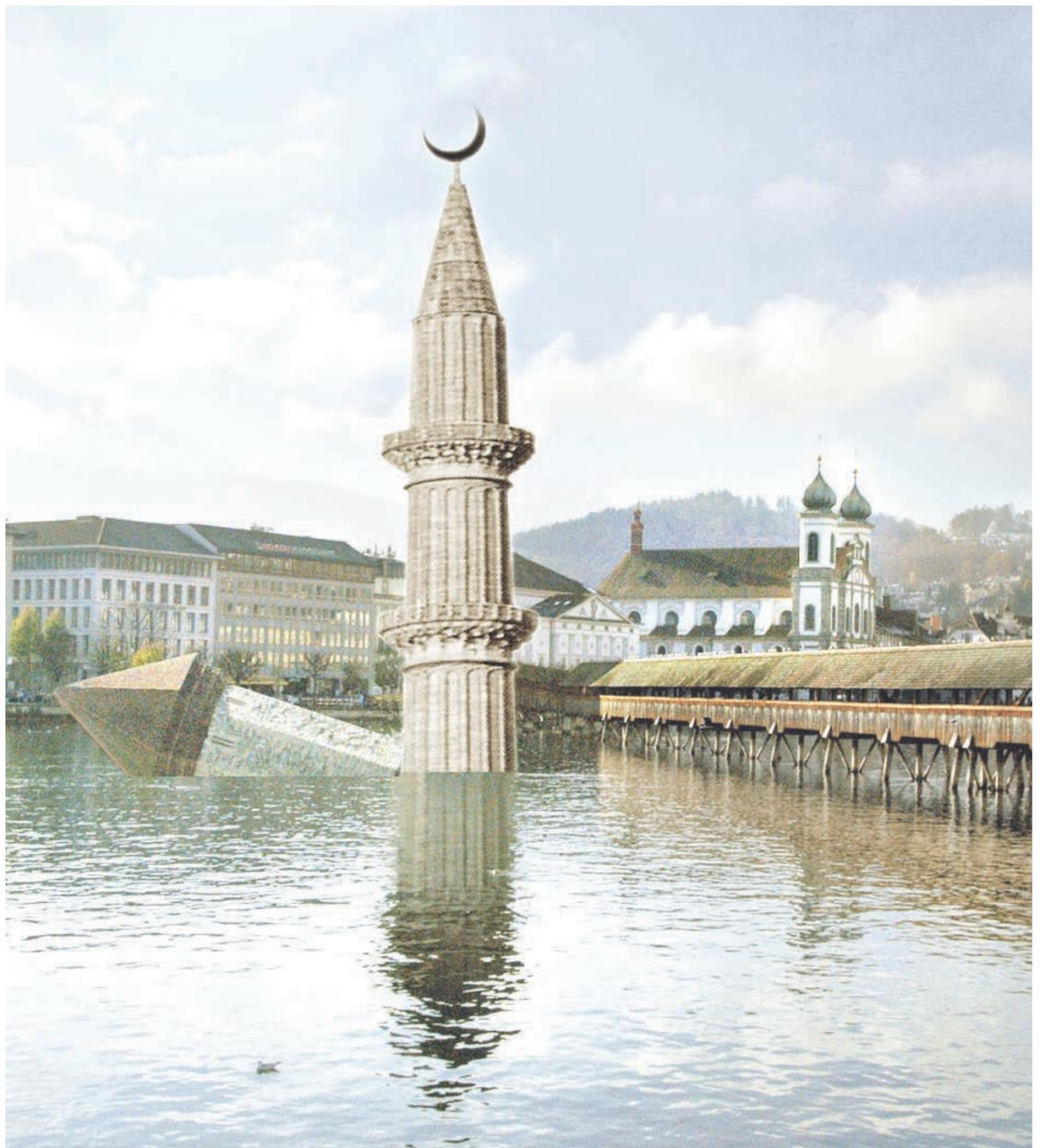
Von christlichen Wurzeln geprägt

Der Kanton Luzern ist von seinen christlichen Wurzeln geprägt, deren Kultur und Erbe zu pflegen ist. Aus diesem Grund ist es verständlich und folgerichtig, dass der Status einer Landeskirche vorab den christlichen Religionen vorbehalten ist – selbstverständlich unter Wahrung der staatlichen Neutralität und der Trennung zwischen Kirche und Staat. Zwar steigt der Anteil Muslime auch im

Kanton Luzern rasant an. So hat sich deren Anzahl zwischen 1990 und 2000 von 6000 auf über 13000 mehr als verdoppelt. Zweifellos leben viele Muslime friedlich unter uns.

Mit der Ausbreitung des Islam haben aber auch hierzulande die Integrationsprobleme zugenommen. So mehrten sich parallel dazu Sonderforderungen nach geschlechtergetrenntem Schwimmunterricht an Schulen und die Unterdrückung von Frauen leider stetig.

Auch bezieht sich eine zunehmende Anzahl an Muslimen auf das fundamentalistische Gesetz der Scharia, die gemäss Europäischem Gerichtshof für Menschenrechte im Widerspruch zu den Grundprinzipien der Demokratie steht. Gerade unter diesem Aspekt ist es umso zentraler, die Rechtsstaatlichkeit zu wahren und Nein zum Islam als Staatsreligion zu sagen.



Damit Luzern in Zukunft nicht plötzlich so aussieht (Foto: ZVG).



SVP Luzern TV: Das Internetfernsehen der SVP Kanton Luzern: [youtube.com/svpkantonluzern](https://www.youtube.com/svpkantonluzern)



Jeden Monat für SVP Luzern TV
auf Sendung

3:40



In regelmässigen Abständen greift die SVP Kanton Luzern im SVP Luzern TV brisante und aktuelle nationale und kantonale Themen auf – so, wie Sie Ihnen die Massenmedien verschweigen!



Für den Kanton Luzern in den Nationalrat



bisher

Yvette Estermann

26. Februar 1967
Kriens
Verheiratet, ein Sohn
Ärztin, Buchautorin
www.yvette-estermann.ch, www.estermann-aktuell.ch

Politik / Vereine

- Nationalrätin seit 2007
- Aussenpolitische Kommission APK
- Geschäftsprüfungskommission GPK
- Yvette-Estermann-Stiftung
- Schützen- und Sportvereine
- SAC und Gewerbeverbände

Politische Schwerpunkte:

- Für Freiheit, Demokratie, Neutralität und Sicherheit
- Für einen freien und sicheren Wirtschaftsstandort Schweiz
- Bessere Bedingungen für das Gewerbe und die Landwirtschaft

Für eine starke, eigenständige und erfolgreiche Schweiz



Toni Graber

19. Oktober 1957
Schötz
Verheiratet, zwei Kinder
Landwirt

Politik / Vereine

- Kantonsrat seit 2008, Vorstand SVP Schötz
- SVP Landwirtschaftskommission LU
- Aufsichtskommission STA-Wauwilermoos
- Politnetz RET Luzern West
- Beirat Zukunft Luz. Landwirtschaft

Politische Schwerpunkte:

- Für eine produzierende Landwirtschaft
- Gegen eine unbegrenzte Zuwanderung
- Für ein Gewerbe ohne zusätzliche Auflagen und Gebühren

Weniger Gesetze und Auflagen – mehr Eigenverantwortung



Franz Grüter

29. Juli 1963
Eich
Verheiratet, 3 Kinder
CEO green.ch, eidg. dipl. Marketingplaner
www.franz-grüter.ch

Politik / Vereine

- Präsident SVP Kanton Luzern
- Kantonsrat
- Vorstand Technopark Luzern
- Vorstand ICT Switzerland
- Beirat FCL und Hochschule Luzern
- Gewerbeverband, IHZ, IFU, HEV, SMG

Politische Schwerpunkte:

- Eine wirtschaftsfreundliche und bürgernahe Politik
- Gegen die grenzenlose Einwanderung in die Schweiz
- Gegen Ausbau der staatlichen Überwachung im Internet

Klar – Kompetent – Sympathisch



Oliver Imfeld

12. April 1968
Horw
Verheiratet
CEO / Manager
www.oliver-imfeld.me

Politik / Vereine

- SVP Horw
- Parl. Gruppe «Rock/Pop» im Bundeshaus für Events, Musik und Kultur
- Vorstand Swiss Music Promoters Association SMPA
- Beirat FC Luzern

Politische Schwerpunkte:

- Unabhängigkeit und Freiheit der Schweiz bewahren
- Wirtschaftsstandort Schweiz fördern
- Sicherheit der Schweizer in ihrem Land gewährleisten
- Nebeneinander von individual- und öffentlichem Verkehr fördern

Die Werte der Schweiz im internationalen Umfeld stärken



Anian Liebrand

12. Juli 1989
Luzern
Ledig
Kaufmännischer Angestellter
www.anian-liebrand.ch

Politik / Vereine

- Präsident JSVP Schweiz
- Mitglied Geschäftsstelle «sifa – Sicherheit für alle»
- Mitglied «AUNS - Aktion für einen unabhängige und neutrale Schweiz»
- Mitarbeiter «Schweizerzeit»-Zeitung

Politische Schwerpunkte:

- Weniger Bevormundung und Auflagen für die junge Generation
- Für eine eigenständige Steuerung der Zuwanderung
- Für den Erhalt der direkten Demokratie und der Landeshymne

Fadengrad, fair und konsequent – unbestechlich für die Schweiz!

MOBILITÄT

Mit uns geht's
vorwärts

Liste **4** 
Die Partei des Mittelstandes
www.svplu.ch

Für den Kanton Luzern in den Nationalrat



bisher

Felix Müri

22. Januar 1958
Emmenbrücke
Verheiratet, vier Kinder
Unternehmer / Nationalrat
www.mueri.info

Politik / Vereine

- Nationalrat seit 2003
- Kommission UREK und WBK
- Fraktionsvizepräsident
- Gewerbeverein Emmen, IFU Luzern, IG Supermoto, Pro Senectute, HEV-Delegierter, Oda Med. Masseur/in

Politische Schwerpunkte:

- Die Berufsbildung ist aufzuwerten
- Ja zu einer eigenständigen und unabhängigen Schweiz
- Weniger Steuern, Abgaben und Gebühren
- Für eine produzierende Landwirtschaft

Gradlinig und verlässlich für eine sichere Schweiz in Freiheit



Thomas Schärli

25. November 1979
Luzern-Littau
In Beziehung, 4 Kinder
Facility Manager, Technischer Dienst bei einem grossen Detailhändler

Politik / Vereine

- Kantonsrat seit 2011
- Alt-Grossstadtrat Luzern
- Alt-Einwohnerrat Littau
- Vorstand SVP Stadt Luzern
- St. Niklausengesellschaft Littau
- Geisslechlöpfer Littau

Politische Schwerpunkte:

- Für eine gute und berufsvorbereitende Bildung
- Keine neuen Steuern, Gebühren und Abgaben
- Für mehr Sicherheit im Kanton

Die jungen Bürgerlichen brauchen eine klare Stimme im Nationalrat



Vroni Thalmann-Bieri

28. März 1969
Flühli
Verheiratet, drei Kinder
Sozialvorsteherin Flühli-Sörenberg,
Bäuerin, www.thalmannvroni.ch

Politik / Vereine

- Kantonsrätin seit 2007
- Frauenkommission SVP Luzern
- Div. Regio West Arbeitsgruppen
- Delegierte Biosphäre Entlebuch
- IG Umfahrung Wolhusen
- Trachtengruppe Flühli

Politische Schwerpunkte:

- Für eine produzierende Landwirtschaft mit regionalem Charakter
- Gemeindenähe und bedarfsgerechte SKOS-Richtlinien
- Weniger Kontroll- und Kostenstellen
- Gegen einen EU-Beitritt

Weniger ist mehr – Schweiz statt EU!



Fredy Winiger

20. September 1959
Kleinwangen
Verheiratet, vier erwachsene Kinder
Eidg. dipl. Meisterlandwirt

Politik / Vereine

- Kantonsrat seit 2011
- Gemeinderat Hohenrain
- Verwaltungsratspräsident Idee Seetal AG
- Präs. Luz. Saatzuchtgenossenschaft
- Präs. Veteranenmusik Hohenrain

Politische Schwerpunkte:

- Für eine sichere und neutrale Schweiz
- Für eine leistungsfähige Landwirtschaft
- Für eine konsequente Asylpolitik
- Für starke KMU's

Mit vollem Einsatz für unsere Heimat Schweiz



Peter With

19. März 1972
Luzern-Reussbühl
Verheiratet, zwei Kinder
Unternehmer in eigenem KMU
www.peter-with.ch

Politik / Vereine

- Grossstadtrat Luzern seit 2011
- Präsident SVP Stadt Luzern
- Einwohnerrat Littau 2004 - 2009
- Mitglied Wirtschaftsverband Luzern, Hauseigentümerverband, TCS, SMU
+ Aktion für vernünftige Energiepolitik

Politische Schwerpunkte:

- Für starke und eigenständige Kantone und Gemeinden
- Für eine Begrenzung der Zuwanderung
- Gesunde Finanzen und tiefe Steuern
- Für eine konsequente Ausschaffung krimineller Ausländer

Für eine starke, sichere, unabhängige und neutrale Schweiz ohne EU-Beitritt

SICHERHEIT

Tag und Nacht

Liste **4**



www.svplu.ch

Wär Zuekonft wot, muess Zuekonft wähle!

Unter dem Wahlmotto «Wär Zuekonft wot, mues Zuekonft wähle!» bewerben sechs Kandidaten der Jungen SVP Ihren Anspruch auf einen Sitz im Nationalrat. Es stellt sich mit der Liste 10 eine ausgewogene und heimatbezogene Jungpartei zur Wahl. Dabei gewährleistet die Listenverbindung zwischen der JSVP und der Mutterpartei, dass jede Stimme ihr volles Gewicht entfalten kann. Wir stellen klar, wieso wir vor allem auf die Unterstützung der jungen Wähler zählen.

Zukunft für eine unabhängige und starke Eidgenossenschaft

Obschon der Druck der EU und der umliegenden Länder auf die Schweiz stetig zunimmt, sind wir der Ansicht, dass Unabhängigkeit und Freiheit die wichtigsten Tugenden in unserem Lande sind. Diese Vorteile gilt es nicht leichtfertig aus der Hand zu geben. Ein autonomer Nachvollzug von EU-Verordnungen, wie dies von verschiedenen linksgrünen Politikern gefordert wird, lehnen wir strikt ab. Auch das geplante transatlantische Freihandelsabkommen, welches internationalen Grosskonzernen die Möglichkeit geben soll, den Schweizer Staat bei so genannten scheinbaren Handelshemmnissen zu verklagen, betrachten wir sehr kritisch.

Zukunft für die Schweizer Kultur

Mit unserem in Dialekt gehaltenen Wahlspruch möchten wir Verbundenheit zu unseren Wurzeln zum Ausdruck bringen. Es ist uns ein Anliegen, dass diese auch in Zukunft bewahrt und gepflegt werden, weil sie ein wichtiger Teil unserer

Identität verkörpern. Im Wissen darum haben wir bereits im Jahr 2010 die kantonale Initiative «Mundart im Kindergarten» lanciert und werden uns auch in Zukunft uneingeschränkt für den Erhalt der Schweizer Kultur einsetzen.

Für eine Zukunft ohne Überregulierung und Bürokratie

Grosse Bereiche unseres Zusammenlebens werden heutzutage durch Bürokratie und unsinnige Gesetze reglementiert. Ob ein Nachtverkaufsverbot von Alkohol, die völlig überbeuerte Billag-Gebühr oder das unnötig einschränkende Antirassismugesetz – rostige Paragraphen müssen ersatzlos gestrichen werden.

Zukunft braucht eine junge Stimme im Nationalrat

Die Entscheidungen, welche heute in Bern getroffen werden, haben oftmals langfristige Auswirkungen auch auf kommende Generationen. Wir sind der festen Überzeugung, dass es in Bern eine junge, unverfälschte Stimme braucht um unseren Anliegen Gehör zu verschaffen.

Junge SVP tritt mit sechs Kandidaten an

Initialzündung für die Nationalratswahlen 2015 auch bei der Jungen SVP Luzern! Die schweizweit mit über 6'000 Mitgliedern grösste Jungpartei tritt auch im Kanton Luzern mit sechs Kandidaten an.

Nominiert wurden die 6 Kandidaten bereits an der Delegiertenversammlung der JSVP am 10. Juli 2015 in Emmenbrücke. Nachdem nun die 100 Unterstützerunterschriften gesammelt und die Kandidatur eingereicht wurde ist klar: **Mit der Jungen SVP ist immer zu rechnen!**

Auf der Liste 10 findet sich ein ganz unterschiedliches und wohl ausgewogenes Spektrum von Kandidaten. Ziel der Jungen SVP ist es, mit ihrer eige-

nen Liste der Mutterpartei zum dringend benötigten dritten Sitz zu verhelten. Nachdem die etablierten Mitte- und Linksparteien ihre höchst zweifelhaften Listenverbindungen bekannt gegeben haben, sind wir umso überzeugter, dass wir dieser Tendenz zu unfairen Spielen unbedingt Gegensteuer geben müssen!

Die Junge SVP freut sich, dass auf der Liste 4 der SVP mit Anian Liebrand – Präsident der nationalen JSVP – eben-

falls eine Stimme für die Jungen vertreten ist, und unterstützen ihn bei seinem Wahlkampf.

Unter dem Wahlkampf motto: «Wer Zuekonft wot, muess Zuekonft wähle!» wird die JSVP einen vielfältigen, heimatbetonten und unkonventionellen Wahlkampf führen. Wir freuen uns auf eine spannende und erfolgreiche Zeit bis zum 18. Oktober.



Daniel Vozar

22 Jahre
Horw
Elektroplaner



David Vonlaufen

21 Jahre
Adligenswil
Kundenberater Versicherung



Sven Burgy

23 Jahre
Root
Zeitoffizier/Student



Christian Huber

27 Jahre
Ebikon
Technical Consultant B.Sc.



Pascal Räber

24 Jahre
Nottwil
Koch/Promoter



Stefanie Gut

20 Jahre
Geuensee
Auszubildende FAGE

Wär Zuekonft wot, muess Zuekonft wähle!

Junge
SVP
LISTE **10**

Aktive Senioren Luzern

Nachdem sich die Aktiven Senioren Luzern in den vergangenen Wahlen für Grosstadtrat und Kantonsrat engagiert haben, treten sie dieses Jahr mit einer Liste zu den Nationalratswahlen an. Acht bekannte Personen haben sich für diese Liste motivieren lassen und sich für eine Kandidatur zur Verfügung gestellt. Die Kandidaten stammen von Escholzmatt bis Meierskappel verteilt über den ganzen Kanton und sind alles bewährte Persönlichkeiten des Mittelstandes.



Die Hauptanliegen der Aktiven Senioren Luzern sind:

- Keinen EU- und /oder Nato-Beitritt der Schweiz
- Keine unkontrollierte Einwanderung
- Eine neutrale, unabhängige Schweiz
- Eine aktive bewaffnete Neutralität
- Sicherstellung unserer persönlichen Sicherheit durch angemessene Rechte für die Polizei und Sicherstellung eines genügenden Bestandes an Polizeipersonal
- Eine steuerliche Entlastung der Einkommen aus der AHV
- Eine leistungsfähige, produzierende Landwirtschaft
- Keine Diskriminierung der älteren Generation im Verkehr und im Krankenwesen
- Bezahlbare Krankenkassen für alle, indem die Leistungskataloge reduziert werden
- Die Kirchen sollen sich auf den ursprünglichen Auftrag konzentrieren und nicht zunehmend soziale Aufgaben übernehmen müssen

Nebst den eigenen Wahlabsichten ist es uns auch ein Anliegen, die SVP mit einer Listenverbindung zu unterstützen.

DIE KANDIDATEN SIND:

Camenisch Rätö	16.06.1945, Kriens, Pens. Hausarzt
von Däniken Felix	20.06.1939, Hildisrieden, Masch. Ing. HTL
Häcki Walter	02.03.1943, Stadt Luzern, Dr. med. ehem. Spezialarzt FMH
Lauber Toni	05.12.1945, Escholzmatt, pens. Lehrer
Odolon Werner	22.07.1936, Luzern, Hochfrequenz-Ing. HTL
Schaller Seppi	26.01.1941, Willisau, Fotograf
Vogel Vinzenz	04.07.1931, Ebikon, Versicherungsinspektor
Zoll Alois Felix	15.05.1943, Meierskappel, Schriftsetzer, Geschäftsleiter

Liste **19**

Auslandschweizer – Werbeträger der schweizerischen Werte

Die Schweiz, ein international gut vernetztes Land, steht ungewöhnlichen Herausforderungen gegenüber. Neue Lösungsansätze sind gefragt. Der Dialog mit unseren wirtschaftlichen Partnern muss intensiviert und auf ein tragendes Fundament gestellt werden.

12% aller Schweizer leben im Ausland. Sie sind wichtige Botschafter für die direkte Demokratie und unseren Wirtschaftsstandort. Sie leben die Schweizer Werte, wissen was Eigenverantwortung bedeutet, kennen den Unterschied zu den ausländischen Systemen aus Erfahrung.

Unsere Mitbürger im Ausland werden immer stärker diskriminiert, z.B. durch die Schliessung von Schweizer Bankkonten und die Streichung der Kreditkarten. Der internationale Informationsaustausch verletzt heute das Bankkundengeheimnis für viele Schweizer.

Das konsularische Aussennetz vom EDA wird drastisch abgebaut. Die Schweizer im Ausland fühlen sich alleine gelassen, während die Entwicklungshilfe ausgebaut wird.

Diese Erfahrungen der Auslandschweizer sind wertvoll und müssen in die politische Arbeit in der Schweiz einfließen.

Wahlberechtigte Schweizer im Kanton Luzern können neu international verankerte Kandidaten in den Nationalrat wählen. Die Liste 21 und deren

Kandidaten präsentieren wir Ihnen auf der Website der SVP International: www.svp-international.ch/index.php/abstimmungen-wahlen/wahlen-2015/luzern

Inge Schütz,
Präsidentin SVP International

Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung.

Liste **21**



HEIMAT

Selbstbestimmung
in Freiheit

Liste **4**



www.svplu.ch

So wählen Sie im Kanton Luzern richtig!



1. Öffnen Sie Ihr Stimmcouvert, darin finden Sie folgendes Material:

- Block mit vorgedruckten Nationalratskandidaten-Wahlzettel (Listen)
- Kleines Couvert
- Ständeratswahlzettel
- Stimmrechtsausweis

2. Wählen Sie Ihre Nationalrätinnen und Nationalräte:

Trennen Sie die SVP-Liste vom Wahlzettel-Block ab.

3. SVP-Nationalratsliste ins kleine Couvert:

Legen Sie die SVP-Liste Nummer **4** unverändert ins kleine Couvert.

4. Wählen Sie Ihren Ständerat:

Schreiben Sie auf den leeren Ständeratswahlzettel den Namen der SVP-Ständeratskandidatin Yvette Estermann.

5. Ständeratsliste ins kleine Couvert:

Legen Sie die Ständeratsliste zur Nationalratsliste ebenfalls ins kleine Couvert.

6. Stimmrechtsausweis unterschreiben:

Unterschreiben Sie den Stimmrechtsausweis.

7. Alles ins grosse Couvert:

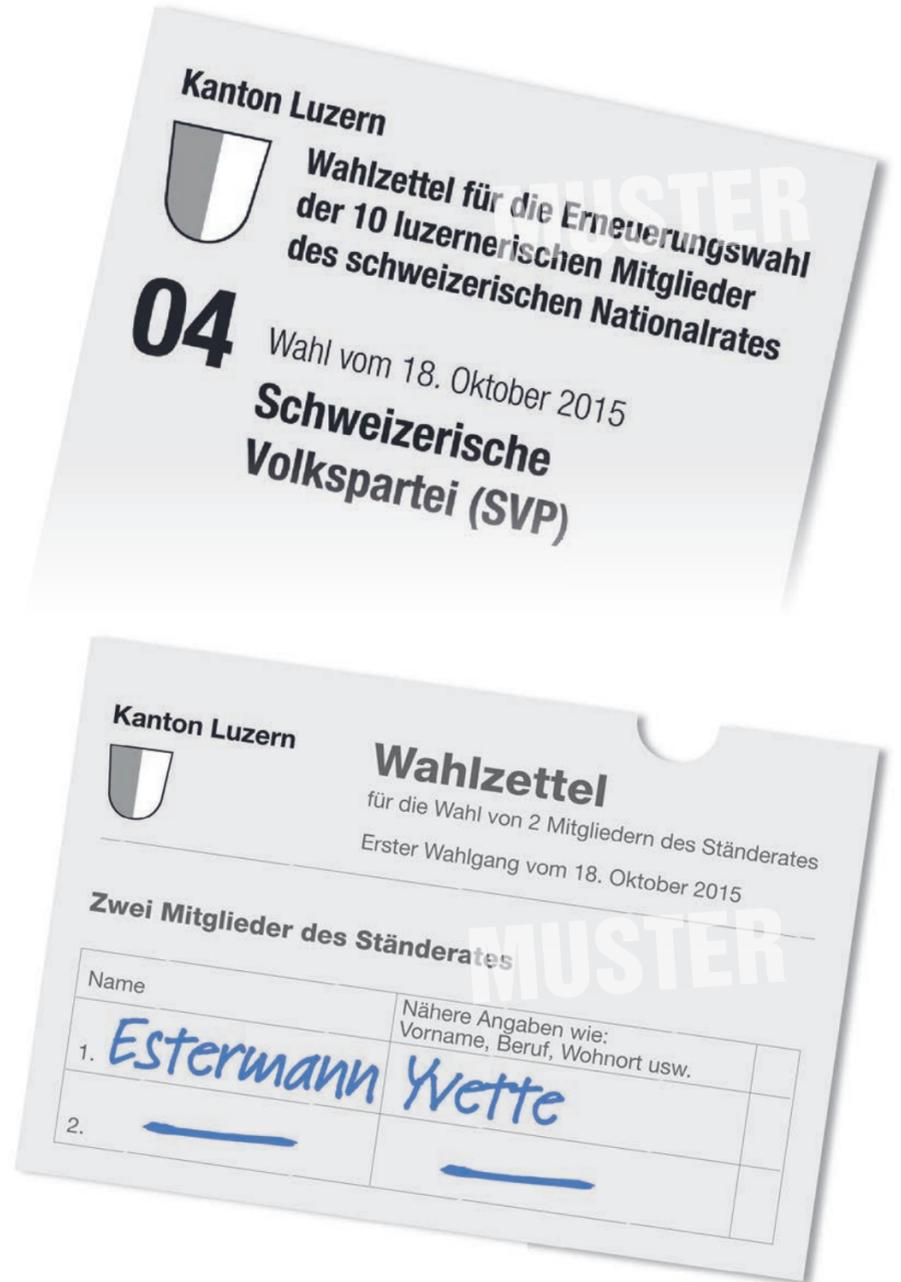
Kleines Couvert und Stimmrechtsausweis zusammen ins grosse Couvert legen, so dass die Adresse der Gemeinde im Sichtfenster zu sehen ist. Wenn nötig, frankieren Sie das Couvert. Und dann ab in die Post oder Einwerfen bei Ihrer Gemeinde.

8. Abschicken:

Couvert bis spätestens **15. Oktober** per A-Post aufgeben oder bis **16. Oktober** auf die Gemeinde bringen oder am **18. Oktober** an die Urne gehen.

Achtung!

- Legen Sie nur **eine** Nationalratsliste ins Couvert, ansonsten ist Ihre Stimme ungültig!
- Schreiben Sie keine zusätzlichen Bemerkungen auf den Wahlzettel, ansonsten ist Ihre Stimme ungültig!



1. Stimmcouvert öffnen und Unterlagen entnehmen.



2. Nationalrats-Wahlzettel SVP Liste 4 abtrennen.



3. Wahlzettel SVP Liste 4 ins kleine Couvert legen.



4. Ständeratsliste ausfüllen.



5. Ständeratsliste auch ins kleine Couvert legen.



6. Stimmrechtsausweis unterschreiben.



7. Kleines Couvert und Stimmrechtsausweis zusammen ins grosse Couvert legen.



8. Couvert auf die Post oder Gemeinde bringen.

Haben Sie Fragen zu den Wahlen?

Gratis-Hotline: 0800 002 444

Kostenlose kompetente Auskunft! Ab dem 14. September bis am 17. Oktober können Sie sich kostenlos über die National- und Ständeratswahlen 2015 informieren. Wir sind von Montag bis Freitag von 11.00 – 19.00 Uhr und am Samstag von 9.00 – 15.00 Uhr für Sie da. **Fragen per Mail: wahlen@svp.ch**

Für den Ständerat:



Yvette Estermann

- ▶ Ärztin, Buchautorin, Verheiratet, ein Sohn
- ▶ Nationalrätin seit 2007
- ▶ Aussenpolitische Kommission APK
- ▶ Geschäftsprüfungskommission GPK
- ▶ Yvette-Estermann-Stiftung
- ▶ Schützen- und Sportvereine
- ▶ SAC und Gewerbeverbände

Bewährt. Bürgerlich.

Yvette Estermann
in den Ständerat

yvette-estermann.ch
estermann-aktuell.ch



Für den Nationalrat:



Frei bleiben!

SVP wählen.

www.svplu.ch

Liste **4**

